

duerchbléck!

Politik verstehen Nr. 5



100

Joer

Demokratie

zu
Lëtzebuerg

Mit Kopiervorlagen
deutsch & französisch

3	Hintergrundinformationen
---	--------------------------

POLITIK AKTIV

8	Impulse
8	Demokra-Test
9	Gesellschaftliche Partizipation
10	Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform
12	Die Demokratie-Reporter

POLITIK LERNEN

15	Was ist Demokratie?
16	1919: Wahlrecht für alle
17	Wählen 1919: das erste Mal
18	Freiheit vs. staatliche Intervention
20	1940-1944: Die Abschaffung der Demokratie
22	Gleichstellung zwischen Mann und Frau
24	Arbeit und Demokratie
26	Partizipation
28	Grenzenlose Meinungsfreiheit?
30	Und was sagen Sie zur Demokratie?
32	Kopiervorlagen auf Französisch
52	Impressum

Hintergrund- informationen

Vor genau einem Jahrhundert wurde in Luxemburg das allgemeine Wahlrecht eingeführt. 1919 ist somit ein Schlüsseljahr für die Demokratieentwicklung in Luxemburg, da seither alle luxemburgischen Frauen und Männer Zugang zu freien Wahlen haben. Dieses Jubiläum bietet den Anlass, sich mit verschiedenen Aspekten der Demokratie hierzulande auseinanderzusetzen.

Demokratieverständnis

Der Begriff „Demokratie“ stammt aus dem Griechischen und bedeutet übersetzt „die Macht des Volkes“. Den Begriff „Demokratie“ kann man unter drei Gesichtspunkten beleuchten. Demokratie bedeutet sowohl eine bestimmte Regierungsform als auch eine Gesellschaftsform (Art und Weise, wie die Menschen zusammenleben). Demokratie bezeichnet darüber hinaus aber auch eine Lebensform. Demokratische Prozesse können als kompliziert oder langwierig wahrgenommen werden, weil versucht wird, möglichst viele Positionen in einen Entscheidungsprozess einfließen zu lassen.

Demokratie als Regierungsform

Zwei Drittel aller Staaten weltweit behaupten von sich selbst, Demokratien zu sein. Es gibt zwei dominierende demokratische Staatsformen: die Republik und die konstitutionelle Monarchie. Luxemburg ist eine Monarchie, in der die Funktion des Staatsoberhauptes vererbt wird. Gleichzeitig ist das Großherzogtum aber auch eine parlamentarische Demokratie, in der die vom Volk gewählten Vertreter*innen die Herrschaft ausüben. Die luxemburgische Verfassung ist das Fundament des demokratischen Rechtsstaates und regelt das Verhältnis zwischen den einzelnen Institutionen: dem Parlament, der Regierung, der Justiz, dem Staatsrat und dem Staatsoberhaupt.

Die erste Luxemburger Verfassung aus dem Jahr 1841 wurde vom damaligen König-Großherzog erlassen und sicherte ihm weitgehende legislative und exekutive Kompetenzen zu. Unsere heutige Verfassung geht noch in Teilen auf Verfassungstexte zurück, die aus dem 19. und 20. Jahrhundert stammen. Im Laufe des letzten Jahrhunderts gab es viele Anpassungen, so wurde beispielsweise 1919 das allgemeine Wahlrecht in der Verfassung verankert. Eine weitere Verfassungsänderung gab es 2009: Der Großherzog setzt seitdem, durch seine Unterschrift, Gesetze nur noch in Kraft, er

muss diese nicht mehr billigen. Aktuell arbeitet das Parlament an einer umfassenden Verfassungsänderung, die der politischen und gesellschaftlichen Realität des 21. Jahrhunderts Rechnung tragen soll. Demokratieentwicklung ist somit ein permanenter Prozess.

Die Gewaltenteilung zwischen Legislative (gesetzgebende Gewalt, Parlament), Exekutive (ausführende Gewalt durch die Ministerien) und Judikative (richterliche Gewalt, Gerichte) garantiert die Einhaltung demokratischer Prinzipien. Der Staatsrat ist eine unabhängige Institution, die am legislativen Prozess beteiligt ist.

Demokratische Staaten verpflichten sich darüber hinaus auch einem gemeinsamen Wertesystem, den Menschenrechten, wie beispielsweise der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte von 1948 oder der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950. Diese können als „moralischer Imperativ“ einer demokratischen Gesellschaft angesehen werden.

Nicht überall hat man jedoch das gleiche Demokratieverständnis. So ist zum Beispiel die Demokratische Volksrepublik Korea kein demokratischer Staat, in dem das Volk durch freie Wahlen an der Machtausübung im Staat teilhaben kann. Demokratie ist demnach kein „geschützter“ Begriff.

Demokratie als Gesellschaftsform

Demokratische Staaten leben von der Partizipation ihrer Bürger*innen, d.h. von einer aktiven Zivilgesellschaft. Partizipieren bedeutet für den Einzelnen, Möglichkeiten politischer Partizipation zu kennen und nutzen zu können. Partizipation bedeutet die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, von denen man in irgendeiner Weise betroffen ist. Dies bedeutet konkret, dass Bürger*innen ihre Forderungen artikulieren, sich in das politische Geschehen einmischen, sich Gehör verschaffen und somit eine Form von Druck und Kontrolle gegenüber den politischen Verantwortlichen ausüben können.

Medien, Nichtregierungsorganisationen (dt. NRO, engl. NGO, Non-Governmental Organization), Interessenverbände, aber auch Gewerkschaften, politische Parteien und die Regierungsopposition sind wichtige Instrumente, um die Regierung zu kontrollieren und gegebenenfalls Missstände aufzudecken und auf die politische Tagesordnung zu setzen.

Partizipationsmöglichkeiten:

- freie Wahlen,
- (e-)Petitionen (Gesuche an die Gemeinde, die Abgeordnetenversammlung oder an das Europäische Parlament),
- Bürgerinitiativen,
- Demonstrationen,
- Streiks (Arbeitsniederlegungen, welche meist gewerkschaftlich organisiert sind),
- Leserbriefe schreiben,
- Aufrufe in sozialen Medien nutzen, unterstützen oder kommentieren,
- Teilnahme an Zukunftstischen und Bürgerforen,
- Mitbestimmung im Betrieb,
- ...

Exemplarisch hierfür stehen die Massenproteste gegen die Lebensmittelteuerung während des Ersten Weltkrieges, die Studentenproteste von 1968, die in Luxemburg erst verspätet im April 1971 stattfanden oder der Gewerkschaftsstreik 2009 gegen jegliche Formen des Sozialabbaus.

Grundvoraussetzung für eine aktive Zivilgesellschaft ist die Garantie der Menschen- und Bürgerrechte im Allgemeinen und speziell die Garantie der Freiheitsrechte, die den Einzelnen gegenüber dem Staat schützen. Hierzu zählt man u.a. die Garantie der freien Meinungsäußerung oder der Versammlungsfreiheit.

- Das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit ist eine Notwendigkeit in demokratischen Staaten. Alles, was der Staat tut, muss nach den Regeln der Verfassung und den geltenden Gesetzen erfolgen.
- Meinungsfreiheit: Die seit 1848 in der luxemburgischen Verfassung verankerte Meinungsfreiheit garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung, ist jedoch nicht grenzenlos. Unter ihrem Deckmantel darf nicht alles gesagt werden. Das luxemburgische Strafgesetzbuch sieht Strafen vor, sowohl bei verschiedenen unerlaubten öffentlichen Rufschädigungen (Artikel 443 bis 452 des Strafgesetzbuches unter Kapitel V. – Die Schädigung der Ehre oder des Rufes der Personen) als auch bei Aufruf zum Hass oder, schlimmer noch, Gewalt (Artikel 454 bis 457-4) gegen Personen oder Gruppen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihres Familienstandes, ihres Alters, ihres Gesundheitszustands, ihrer Behinderung, ihrer Sitten, ihrer politischen oder philosophischen Gesinnung, ihrer gewerkschaftlichen Tätigkeiten, ihrer wahrhaftigen oder angenommenen Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit zu einer bestimmten Ethnie, Nation oder Religion (Artikel 457-1 und 457-2 des Strafgesetzbuches unter Kapitel

VI.- Der Rassismus, der Revisionismus und andere Diskriminierungen).

- Versammlungsfreiheit: Öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen müssen bei der Gemeinde angemeldet werden, die dann die Polizei informiert, die ihrerseits einen sicheren Ablauf gewährleistet.

Die demokratische Gesellschaft erlaubt im Prinzip jedem Einzelnen sein Leben weitestgehend nach den eigenen Wünschen und Vorstellungen zu leben und sich frei zu entfalten. Der Staat greift in einzelne Lebensbereiche seiner Bürger*innen ein, z.B. indem er sie durch Transferleistungen unterstützt oder sie dazu verpflichtet, sozialversichert zu sein. Der Staat greift auch da ein, wo er die Sicherheit seiner Bürger*innen gewährleisten muss, z.B. durch Kameraüberwachung und Personenkontrollen an öffentlichen Plätzen. Allerdings hat staatliche Intervention auch ihre Grenzen, um die Freiheit der Bürger*innen zu wahren. Gelebte Demokratie findet in einem Spannungsfeld statt, das sich in einem Satz von Immanuel Kant zusammenfassen lässt: „Die Freiheit des Einzelnen endet dort, wo die Freiheit des Anderen beginnt.“

Demokratie als Lebensform

Demokratie als Lebensform betrifft die Ebene der zwischenmenschlichen Verhaltensweisen. Hiermit sind (im schulischen Kontext) konkrete Demokratie-Erfahrungen gemeint, z.B. Beratungen und Abstimmungen innerhalb der Schule oder innerhalb der Klasse, an die sich die Gruppe dann halten muss. Hieraus wird ersichtlich, dass Demokratie-Lernen schon sehr früh anfangen kann. Durch Kommunikation zwischen den Individuen werden somit demokratische Prozesse ausgelöst. Demokratie ist also kein gegebener Naturzustand, sondern erfordert die frühe Förderung im privaten und gesellschaftlichen Leben der Kinder.

Direkte und indirekte Demokratie

In der direkten Demokratie werden politische Entscheidungen unmittelbar vom Volk getroffen. In der indirekten oder repräsentativen Demokratie überlässt das Volk politische Entscheidungen gewählten Vertreter*innen.

Wahlen als Instrument der repräsentativen Demokratie

National-, Europa- und Sozialwahlen finden in Luxemburg alle 5 Jahre statt, Kommunalwahlen alle 6 Jahre. Die Teilnahme ist jeweils an Bedingungen geknüpft. Während nur Einwohner*innen über 18 mit luxemburgischer Staatsangehörigkeit an den Nationalwahlen teilnehmen müssen, können sich die Nicht-Luxemburger*innen hingegen für die Kommunalwahlen

und nur die EU-Europäer*innen zusätzlich für die Europawahlen einschreiben. Die Zahl der wahlberechtigten Einwohner*innen hat sich auch durch einen vereinfachten Zugang zur luxemburgischen Staatsangehörigkeit erhöht.

Mehr Partizipationsmöglichkeiten für Nicht-Luxemburger*innen gibt es bei den Sozialwahlen für die Berufskammer (Chambre des salariés). Sie ermöglichen rund einer halben Million Arbeitnehmer*innen einschließlich der ausländischen Arbeitnehmer*innen, Rentner*innen und Grenzgänger*innen, unabhängig von ihrer Nationalität, Einfluss auf die Politik zu nehmen. 2019 lag die Wahlbeteiligung im Privatsektor bei knapp 30%. Die nächsten Sozialwahlen im öffentlichen Dienst finden 2020 statt.

Referenden, ein Instrument der direkten Demokratie

Ein Weg, das Volk außerhalb von Wahlen zu befragen, ist das Referendum (Volksbefragung, Volksentscheid). Es ist ein Instrument der direkten Demokratie. Für Luxemburger Wähler*innen besteht im Falle von Referenden Wahlpflicht (Pflicht zur Teilnahme). Auf kommunaler Ebene werden Referenden zum Beispiel vor Gemeindefusionen organisiert. In der Geschichte des Landes gab es bisher lediglich vier Referenden auf nationaler Ebene, sie fanden alle nach 1918 statt. Das Resultat ist für die Regierung nicht bindend, außer bei einer Verfassungsreform, bei der das Referendum die zweite Abstimmung im Parlament ersetzt.

- Der erste Volksentscheid war im Jahre 1919. Im Vorfeld dieses Referendums hatte die Abgeordnetenkammer mehrheitlich das Zensuswahlrecht durch das allgemeine Wahlrecht ersetzt, d.h. alle Luxemburger Männer und Frauen ab 21 Jahren besaßen ab Mai 1919 das aktive Wahlrecht. Gewählt werden konnte man ab 25 Jahren (passives Wahlrecht). Das Doppelreferendum über die politische und wirtschaftliche Ausrichtung des Landes sollte die politische Krise in Luxemburg lösen, die mit dem Ende des Ersten Weltkrieges ausgebrochen war. Innenpolitisch wurde die Monarchie von verschiedenen Abgeordneten in Zweifel gezogen und es gab Bestrebungen, eine Republik zu gründen. Zudem stellten Frankreich und Belgien die Unabhängigkeit des Landes infrage. Das Referendum ergab, dass sich 78% der Luxemburger*innen für die Beibehaltung der Dynastie unter Großherzogin Charlotte aussprachen und 73% für eine Wirtschaftsunion mit Frankreich.
- Ein zweites Referendum gab es 1937. Die 1930er Jahre waren von Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit geprägt. Radikale Parteien gewannen in Europa an Zustimmung,

so kamen in Deutschland die Nationalsozialisten an die Macht. Aus Angst vor einem wachsenden Einfluss der Kommunistischen Partei, die 1921 in Luxemburg gegründet wurde, erließ die konservative Regierung ein Gesetz „zum Schutz der politischen und sozialen Ordnung“, das als Verbot der Kommunistischen Partei gewertet wurde. Die Gegner dieses Gesetzes bezeichneten es als „Maulkorbgesetz“, da es bei Inkrafttreten der Regierung ermöglicht hätte, alle Verbände aufzulösen, die der geltenden Verfassung und den Gesetzen zu kritisch gegenüberstanden. 50,67% der Luxemburger*innen lehnten nach einer Kampagne der Gegner das sogenannte „Maulkorbgesetz“ schließlich ab, da es als Beeinträchtigung der Meinungsfreiheit gesehen wurde.

- Das dritte nationale Referendum fand 2005 statt. Zentrales Anliegen der Regierung war das Vorantreiben des europäischen Integrationsprozesses. Die Luxemburger*innen stimmten über den „Vertrag über eine Verfassung für Europa“ ab. Die Mehrheit entschied sich mit 56,52 % der Stimmen für den Vertrag. Die Verfassung trat aber schlussendlich nicht in Kraft, da der Vertrag in Volksabstimmungen anderer EU-Mitgliedstaaten abgelehnt wurde. Damit war der Ratifizierungsprozess unterbrochen. Gründe für die Ablehnung waren u.a. Ängste vor einem Souveränitätsverlust der Nationalstaaten gegenüber der EU.
- Das vierte und bislang letzte Referendum gab es 2015. Es ging auf eine Initiative der neuen Regierung (DP-LSAP-déi gréng) zurück. Im Mittelpunkt standen drei Fragen: die Einführung des Wahlrechts für ausländische Mitbürger*innen, die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 Jahre sowie die Begrenzung der Mandatsdauer für Minister auf 10 Jahre. Die drei Fragen wurden von den Wähler*innen mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

In der Vergangenheit wurden Referenden somit immer dann eingesetzt, wenn es in den Augen der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit um wichtige politische Entscheidungen oder Weichenstellungen ging, z.B. bei außen- oder innenpolitischen Fragen (1919), aber auch bei gesellschaftspolitischen Fragen (2015).

Demokratieentwicklung in Luxemburg

Die Demokratieentwicklung der letzten hundert Jahre ist durch verschiedene Prozesse und Ereignisse geprägt worden: steigende Partizipation der Bürger*innen durch die Ausweitung des Wahlrechts, Abwesenheit demokratischer Strukturen während des Zweiten Weltkriegs und ihre Wiederaufnahme danach, Emanzipation der Frauen und - nicht zuletzt- die tragen-

de Rolle der Zivilgesellschaft, insbesondere der Gewerkschaften und anderer Nichtregierungsorganisationen.

Vom Zensuswahlrecht zum allgemeinen Wahlrecht

Anfang des 20. Jahrhunderts etablierten sich die großen Volksparteien. Sie gehören heute noch unter dem Namen LSAP, DP, CSV zum Parteienspektrum in Luxemburg. Bis 1919 galt in Luxemburg das sogenannte Zensuswahlrecht für Männer, d.h. das Wahlrecht war an das Einkommen beziehungsweise die Steuerleistung gebunden. Der zu zahlende Zensus wurde mehrmals angepasst. 1918 waren nur etwa 57% der männlichen Bevölkerung zu Wahlen zugelassen, die Frauen blieben ganz vom Wahlrecht ausgeschlossen. Das allgemeine Männerwahlrecht wurde lange vor dem Ersten Weltkrieg gefordert. Die erste Forderung nach dem Frauenwahlrecht erschien 1905, in Form von Petitionen seitens sozialdemokratischer Männer und Frauen. Soziale und politische Unruhen prägten das Ende des Ersten Weltkrieges in Luxemburg. Die Lebensbedingungen der Arbeiter in der Stahlindustrie und der Bauern waren hart. Es kam zu Streiks und die Arbeiterversammlungen im Süden forderten u.a. den Acht-Stunden-Tag.

1919 wurde dann schließlich das allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer eingeführt: Die Altersgrenze lag bei 21 Jahren für das aktive Wahlrecht (wählen gehen) bzw. 25 Jahren für das passive Wahlrecht (gewählt werden).

Rund ein halbes Jahrhundert später, 1972, wurde im Zuge gesellschaftlicher Reformen auch die Senkung des aktiven Wahlalters von 21 auf 18 angenommen. Das passive Wahlalter wurde erst 2003 auf 18 Jahre gesenkt.

Demokratie in Gefahr

Wirtschaftskrisen und das Aufkommen nationalistischer Strömungen und radikaler Parteien prägten das Europa der 1930er Jahre. In Deutschland gelangen die Nationalsozialisten durch Wahlen an die Macht. In Luxemburg durfte 1934 der kommunistische Gewählte Zénon Bernard sein Abgeordnetenmandat nicht antreten, da die revolutionären Ideen der Kommunisten im Widerspruch zur Verfassung standen und weil Sozialhilfeempfänger eigentlich laut Wahlgesetz nicht gewählt werden durften. Das „Maulkorbgesetz“ von 1937 stellte daraufhin das luxemburgische Demokratieverständnis auf die Probe. Nur eine knappe Mehrheit lehnte das Gesetz und damit das Verbot der kommunistischen Partei ab. In den 1930er Jahren gab es in Luxemburg auch rechtsradikale und fremdenfeindliche Gruppierungen und Parteien. Ihr Einfluss blieb relativ gering.

1939 feierte Luxemburg 100 Jahre Unabhängigkeit. Die Feierlichkeiten fanden vor dem Hintergrund eines sich anbahnenden Konfliktes statt, denn längst fürchtete man in Luxemburg das expansionistische Bestreben Deutschlands. Am 10. Mai 1940 wurde der neutrale Staat Luxemburg schließlich durch die deutschen Truppen besetzt. Die luxemburgische Regierung sowie die Großherzogin Charlotte flüchteten ins Exil. Luxemburg unterstand bis zum 31. Juli 1940 einer Militärverwaltung. Anschließend wurde Luxemburg unter deutsche Zivilverwaltung gestellt. Gustav Simon, Gauleiter des Gaus Koblenz-Trier, wurde zum Chef der Zivilverwaltung ernannt. Er unterstand direkt dem Reichskanzler Adolf Hitler. Amtssitz wurde das ARBED-Gebäude in der in „Adolf-Hitler-Straße“ umbenannten Avenue de la Liberté in Luxemburg-Stadt. Nur dreieinhalb Monate nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wird die Demokratie in Luxemburg abgeschafft. Die getroffenen Maßnahmen strebten die De-facto-Annexion Luxemburgs an das Reich sowie die Eindeutschung der Bevölkerung an. Sämtliche luxemburgischen Staatsstrukturen wurden aufgelöst. Deutsche Verordnungen ersetzten die luxemburgischen Gesetze. Die nationalsozialistischen Rassengesetze und Verordnungen, welche gegen die jüdische Bevölkerung gerichtet waren, ermöglichten deren gesellschaftliche Isolation, wirtschaftliche Enteignung und schließlich die Deportation in die Ghettos und Konzentrationslager. Das Französische wurde verboten, die Meinungsfreiheit außer Kraft gesetzt, Gewerkschaften und Parteien wurden aufgelöst. 1941 wurde der Reichsarbeitsdienst obligatorisch für Jungen und Mädchen und im August 1942 die Wehrpflicht für die Luxemburger Männer der Jahrgänge 1920-27 eingeführt.

Die Befreiung der Hauptstadt am 10. September 1944 durch die amerikanischen Truppen legte den Grundstein für die langsame Wiederbelebung demokratischer Strukturen. Am 23. September 1944 kehrte die Exilregierung nach Luxemburg zurück. Im November 1944 traf das Parlament zusammen, war jedoch nicht beschlussfähig, da über die Hälfte der Abgeordneten kriegsbedingt abwesend war. Im Oktober 1945 fanden erstmals wieder Wahlen statt.

Emanzipation der Frauen

Die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Luxemburg im Jahre 1919 war keiner konkreten Forderung seitens einer Frauenbewegung oder einer tiefgreifenden politischen Auseinandersetzung mit diesem Thema geschuldet. Dennoch gab es einige sozialdemokratische Männer und Frauen, die ab 1905 Petitionen für das Frauenwahlrecht im Parlament einreichten. Bei den Parlamentswahlen im Oktober

1919 gelang nur einer der vier kandidierenden Frauen, der Lehrerin und Sozialdemokratin Marguerite Thomas-Clement (1886-1979), der Einzug in die Abgeordnetenversammlung. Zwischen 1931 und 1965 gab es keine Frau mehr im Parlament. 1967 bekam Luxemburg sein erstes weibliches Regierungsmitglied: Madeleine Frieden-Kinnen (1915-1999). Sie setzte sich u.a. für Frauenbelange, z.B. die Rechte der verheirateten Frau und für die freie Wahl zwischen Beruf und Familie ein.

Nach den Wahlen von 2018 zählt das Parlament 15 weibliche Abgeordnete (25%) und die aktuelle Regierung zählt 5 Ministerinnen (29,4%) (Stand Mai 2019). Um die Gleichstellung von Frauen zu fördern, wurde bei Legislativ- und Europa-Wahlen eine sogenannte „Frauenquote“ eingeführt. Das Gesetz zur „Einhaltung einer Geschlechterquote“ von 2016 sieht vor, dass Parteien nur dann die volle Parteienfinanzierung erhalten, wenn sie auf ihren Wählerlisten mindestens 40% des unterrepräsentierten Geschlechtes verzeichnen.

Trotz der politischen Gleichstellung von 1919 blieben Frauen noch jahrzehntelang rechtlich und wirtschaftlich Bürgerinnen zweiter Klasse. Bis in die 1970er Jahre waren verheiratete Frauen zivilrechtlich unmündig. Der Ehemann hatte das Recht, die Post seiner Frau einzusehen und den gemeinsamen Wohnsitz zu bestimmen. Die Frau konnte ohne Erlaubnis des Mannes nicht außer Haus arbeiten, kein Bankkonto eröffnen und keinen Vertrag schließen. Bei Ehebruch drohte dem Ehemann lediglich eine Geldstrafe, der Ehefrau hingegen eine Gefängnisstrafe. Die Eherechtsreform von 1972 legte schließlich die Rechte und Pflichten der Ehepartner fest und im Falle einer Scheidung die Gleichbehandlung von Mann und Frau.

Die gesellschaftliche Öffnung in den 1960er und 1970er Jahren führte dazu, dass viele Frauen ihre berufliche und private Lebensplanung an die veränderte Zeit anpassen wollten. Weibliche Sexualität, das Recht auf den eigenen Körper, eine gerechte Aufteilung der Haushaltsarbeit und der Kindererziehung, das Recht der Frauen auf Arbeit und gleichen Lohn, die Kritik an der Gewalt gegen Frauen waren Themen, die zunehmend in der Öffentlichkeit diskutiert wurden.

Auf institutioneller Ebene richtete das Familienministerium 1989 den Service de la Promotion de la condition féminine ein, heute ein eigenständiges Ministerium für Chancengleichheit. Das Gleichstellungsprinzip von Frauen und Männern wurde aber erst 2006 ausdrücklich in die Verfassung aufgenommen. Dabei hielten die Römischen Verträge bereits 1957

fest, dass die Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit absichern mussten. Der Grundsatz der Lohngleichheit fand im Dezember 2016 Einzug in die luxemburgische Gesetzgebung. Die unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen, die die gleiche Aufgabe oder eine gleichwertige Arbeit verrichten, ist nunmehr illegal.

Die Rolle der Zivilgesellschaft am Beispiel der Gewerkschaften

Gewerkschaften vertreten die Interessen der Arbeitnehmer*innen gegenüber den Arbeitgeber*innen (Wirtschaft) und der Regierung (Staat). Interessenverbände von Arbeitern wurden ab Mitte des 19. Jahrhunderts gegründet, um die schlechten Lebensbedingungen der Arbeiter zunächst im Buchdrucker- und Handschuhgewerbe, später dann in der Eisen- und Stahlindustrie zu verbessern. Gewerkschaftsarbeit bedeutete also von Anfang an, dass Arbeitnehmer*innen sich zusammenschließen, um gemeinsam für bessere Arbeits- und damit Lebensbedingungen gegenüber den Arbeitgeber*innen einzutreten. Um die Jahrhundertwende wurden erste Gesetze zur Gesundheits- und Sozialfürsorge eingeführt.

Die Gewerkschaften in Luxemburg bildeten sich zunächst im Süden des Landes, wo vor allem die Metall-, Berg-, und Hüttenarbeiter Forderungen geltend machten. 1918 setzten sich Arbeiterräte für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts, für den Acht-Stunden-Tag und für die Einführung der Republik ein. Zu den Errungenschaften gehörten die Festlegung des Arbeiterurlaubs (1926) und die Gewerkschaftsfreiheit (1936). Der erste Tarifvertrag in der Stahlindustrie wurde 1936 unterschrieben.

In Diktaturen und autoritären Systemen gibt es keine freien Gewerkschaften. Gewerkschaften sind ein Instrument, fundamentale Arbeitnehmer*innenrechte einzufordern und durchzusetzen, so z. B. das Recht auf Arbeit und gerechten Lohn oder das Recht auf Freizeit und bezahlten Urlaub.

Darüber hinaus setzen sich Gewerkschaften für gesellschaftliche Fragen ein und artikulieren allgemeine Forderungen, wie z.B. gesellschaftliche Anerkennung der Arbeitsleistung oder Vereinbarkeit von Familie und Beruf. In Luxemburg sind sie ein Motor der Demokratie.

Impulse zum Thema

Demokra-Test



20 Min.



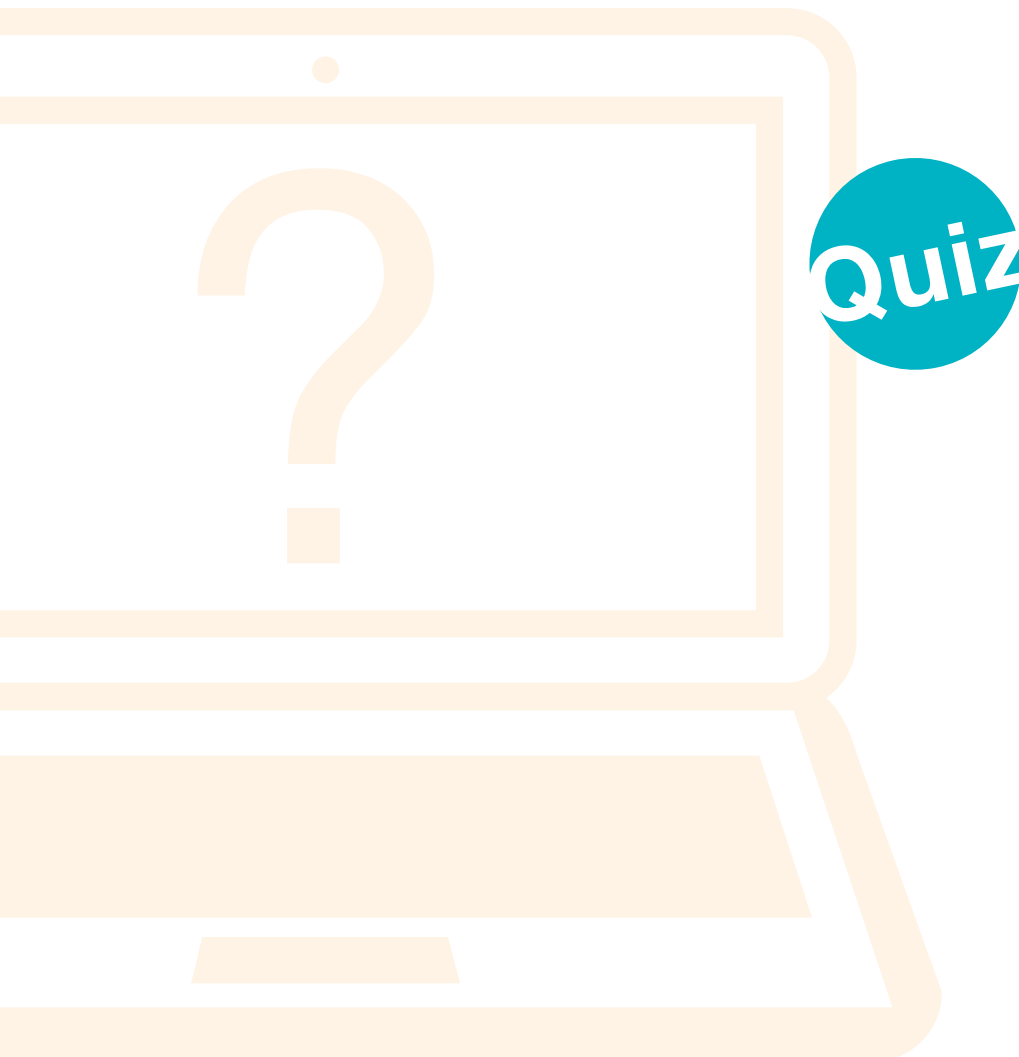
Ab 14 Jahren



Die Schüler*innen werden an das Thema „100 Jahre Demokratie in Luxemburg“ herangeführt, indem sie in einem ersten Schritt ihr Allgemeinwissen in Bezug auf dieses Thema testen. Dadurch soll ihr Interesse im Hinblick auf die Demokratie als Regierungs-, Gesellschafts- und Lebensform geweckt werden.

Auf der Internetseite www.zpb.lu finden die Schüler*innen 10 Fragen zur Demokratieentwicklung in Luxemburg.

Die Schüler*innen können die Fragen online bearbeiten und ihre Ergebnisse einsehen. Die richtige Antwort wird jeweils kurz erklärt.



Quiz

Gesellschaftliche Partizipation



20 Min.



Ab 8 Jahren



Das eigene gesellschaftliche Engagement reflektieren und diskutieren

Organisatorisches

Zuerst werden die Schüler*innen dazu aufgefordert, die zutreffenden Aussagen anzukreuzen oder zu ergänzen. Die Ergebnisse werden anschließend im Plenum verglichen. Wofür setzen sich die Schüler*innen am meisten ein, wofür am wenigsten? Gibt es Jugendliche, die sich nicht engagieren? Wenn ja, warum?

**Lust
auf
Politik!**

Wofür oder wogegen würdest du dich heute einsetzen?

Themen, die mich veranlassen könnten, aktiv zu werden	Wenn ich mich engagiere, ...	Ich könnte mir vorstellen, ...
☐ Europäische Einigung	☐ will ich neue Erfahrungen sammeln.	☐ in der Jugendorganisation einer Partei mitzumachen.
☐ Schutz der Umwelt	☐ muss es Spaß machen.	☐ eine Bürgerinitiative zu unterstützen.
☐ Ausbau von Verkehrswegen	☐ müssen Freunde mitmachen.	☐ in einer Umweltgruppe mitzuarbeiten.
☐ Schaffung von Freizeiteinrichtungen	☐ muss mein Engagement bald Resultate zeigen.	☐ an einer Demonstration teilzunehmen.
☐ Dritte Welt	☐ möchte ich dafür eine Entschädigung erhalten.	☐ mich im Internet an „virtuellen“ Diskussionsforen zu beteiligen.
☐ Terror	☐ muss ich davon überzeugt sein.	☐ einen Aufruf oder eine Petition zu unterschreiben.
☐ Krieg	☐ sollte mir keiner Vorschriften machen.	☐ eine politische Versammlung zu besuchen.
...	...	...

Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform



50 Min.



Ab 10 Jahren



Stift, Papier, Flipchart



Zusammenhänge zwischen den eigenen konkreten Erfahrungen und dem doch eher abstrakten Begriff der Demokratie erkennen.

Organisatorisches:

Jeder/jede Schüler*in erhält die Erfahrungskärtchen. Nun sucht er/sie sich mindestens eine/n Mitschüler*in aus, die/der entweder eine beschriebene Erfahrung selbst gemacht hat oder jemanden kennt, der/die Erfahrung gemacht hat. Die Jugendlichen bewegen sich frei im Klassenraum. Auf den Kärtchen werden stichwortartig Antworten auf die W-Fragen (Wer? Wo? Was? Wann? Warum?) festgehalten.

Nach 20 Minuten erfolgt ein Austausch im Plenum, wobei zwei Fragen im Vordergrund stehen: 1) Was haben diese Handlungen mit Demokratie zu tun? 2) Wie schwierig war es,

Mitschüler*innen mit den entsprechenden Erfahrungen zu finden? Abschließend sollen, ausgehend von den Notizen, die gesammelten Erfahrungen folgenden Demokratie-Themen zugeordnet werden, z.B.: Freiheit, Gleichheit, Beteiligung, Mitbestimmung, Versammlungsfreiheit, Mehrheit/Minderheit, Diskriminierung, Gleichberechtigung, Zivilcourage, Solidarität, Toleranz, Gerechtigkeit... Diese werden an der Tafel oder am Flipchart festgehalten oder die ausgeschnittenen Kärtchen werden eventuell mit Magneten entsprechend befestigt. Die Schüler*innen sollen am Ende erkennen, inwiefern sie bereits demokratisch gehandelt haben und wo sie gegebenenfalls an Grenzen gestoßen sind.

Suche jemanden, der/die...

... schon einmal an einer Demonstration teilgenommen hat.

Suche jemanden, der/die...

... sich irgendwo nicht beteiligen konnte, weil nur Mädchen oder Jungen zugelassen waren.

Suche jemanden, der/die...

... schon einmal einen Kommentar zu einem politischen Thema geschrieben hat (soziale Medien).

Suche jemanden, der/die...

... sich an einer Abstimmung im Internet beteiligt hat.

Suche jemanden, der/die...

... schon einmal an einem partizipativen Projekt auf Gemeindeebene teilgenommen hat, z.B. an der Müllsammlung im Frühjahr.

Suche jemanden, der/die...

... gegenüber der Clique seine/ihre eigene Meinung vertreten hat, auch wenn es schwierig war.

Suche jemanden, der/die...

... schon einmal bei einer Entscheidung in der Minderheit war und überstimmt wurde.

Suche jemanden, der/die...

... für eine NGO (Nichtregierungsorganisation, Non-Governmental Organization) tätig ist.

Suche jemanden, der/die...

... mit jemandem in Streit geraten ist, wobei die Religion des anderen eine Rolle gespielt hat.

Suche jemanden, der/die...

... als Interessenvertreter*in für andere tätig ist oder war, z.B. Klassensprecher*in, Schülervertretung.

Suche jemanden, der/die...

... überlegt, sich für eine politische Partei zu engagieren oder dies bereits tut.

Suche jemanden, der/die...

... schon einmal miterlebt hat, dass jemand diskriminiert wurde (aufgrund seiner Hautfarbe, Herkunft, ...).

Suche jemanden, der/die...

... beim Einkaufen auf fair gehandelte Produkte achtet.

Suche jemanden, der/die...

... sich für Menschenrechte einsetzt.

Die Demokratie-Reporter

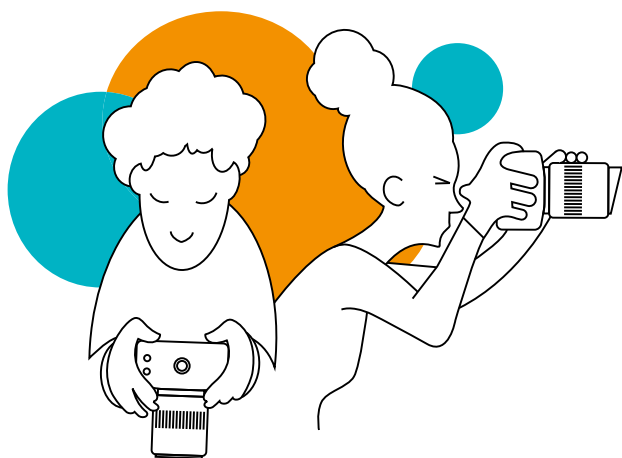
Lehrplanbezug	Themenfelder: Freiheitsrechte
Dauer	5-6 Schulstunden
Kompetenzen	Urteils- und Handlungskompetenz
Methoden	Projektunterricht (Projekt planen, durchführen und auswerten)
Materialien	Kopien, Kamera, Papier, Stifte, Drucker
Lernziele	Sensibilisierung für Demokratie und Freiheitsrechte im Alltag; Erkennen, dass Demokratie unter Umständen in Gefahr geraten kann und deshalb auch verteidigt werden muss

Planungsphase

- Die Lehrkraft spricht bei Projektbeginn mit den Schüler*innen über die Arbeit von Fotoreportern bei Printmedien, im Internet und im Fernsehen. Sie erklärt, dass die Schüler*innen nun selbst zu Reportern werden und anhand von Fotos einen Ort, an dem Demokratie gezeigt, gefördert oder gelebt wird, dokumentieren. Die Schüler werden über Freiheitsrechte und deren Bedeutung für den Erhalt der Demokratie informiert KV ①. Den Schüler*innen soll bewusst werden, dass sie in ihrer Rolle als „Reporter“ auf Beispiele stoßen können, die durchaus positiv sind, aber auch auf Fälle, in denen die Freiheitsrechte missachtet werden.
- Die Schüler*innen wählen Orte aus, die repräsentativ für die Demokratie in Luxemburg sind, z.B. das Parlament, ein Monument, ein Gerichtsgebäude, eine Gemeinde, eine NRO, einen Interessenverband, eine Vertretung für die Interessen der Arbeitnehmer*innen, eine Partei usw. Die Lehrkraft kann eine Liste mit Vorschlägen zur Verfügung stellen.
- Jede Dreier- oder Vierergruppe entscheidet sich nun für einen konkreten Ort der Demokratie.

Zum Beispiel:

- **Demokratie als Institution:** Gruppe A kann z.B. die Arbeit des Parlaments dokumentieren, indem sie an einer öffentlichen Sitzung teilnimmt und mit einem/einer Abgeordneten spricht.
- **Demokratie bedeutet das Recht auf Aufklärung:** Je nach Interpretation kann Gruppe B sich über Verhütung, Unterstützung und Abtreibung beim Planning familial oder bei Pro Familia informieren und deren Arbeit dokumentieren (Aufklärung im Sinne von Recht auf den eigenen Körper). Gruppe B kann aber auch den Begriff Aufklärung als Recht auf Information auslegen und etwa die Arbeit einer Zeitungsredaktion oder eines Journalisten dokumentieren (Medien üben eine Kontrollfunktion gegenüber dem Staat aus).
- **Symbolische Formen der Demokratie:** Gruppe C kann z.B. eines oder mehrere Monumente oder Denkmäler unter die Lupe nehmen (Gülle Fra, Shoa-Denkmal usw.) und dokumentieren.



- **Demokratie und die Gewaltenteilung:** Gruppe D kann z.B. ein Gerichtsgebäude besichtigen und dokumentieren, wie geltendes Recht angewandt wird.
- Die Gruppen bekommen Zeit, ihr Thema zu besprechen und ihre Recherche zu planen. Die Schüler*innen machen Fotos des ausgewählten Ortes und nehmen Kontakt mit einem Verantwortlichen auf, um sich mit diesem über ihr Vorhaben auszutauschen und Informationen einzuholen.
- Jede Kleingruppe berichtet im Plenum über ihr Vorhaben. Abgabe- und Präsentationstermin werden gemeinsam festgelegt.

-
- Durchführungsphase**
- Nachdem die Schüler*innen in der unterrichtsfreien Zeit ihre Orte besucht und dokumentiert haben, werden während des Unterrichts passende Fotos ausgesucht. Am Ende wird sich pro Gruppe auf ein einziges Foto geeinigt.
 - Zu jedem Foto wird dann eine Bildunterschrift formuliert.
 - Wenn jede Gruppe ihr Foto zu Hand hat, gibt die Lehrkraft ihnen Zeit, eine Miniausstellung zu planen. Jedes Ausstellungsfoto umfasst am Ende Folgendes: einen Titel, die Namen der Reporter*innen, eine Bildunterschrift, aus der hervorgeht, wann und wo es gemacht wurde und was darauf zu sehen ist. Zu jedem Foto wird ein Bericht verfasst, welcher das Bild bestimmten Freiheitsrechten zuordnet und Vorschläge unterbreitet, wie man mit diesen Rechten in Zukunft umgehen kann. Eltern, Schulleitung und die zuständigen Verantwortlichen können zur Ausstellung eingeladen werden. Dabei können sie sich die Vorschläge der Schüler*innen ansehen und anhören und mit ihnen über mögliche Veränderungen sprechen.
-

Nachbereitungs- und Auswertungsphase

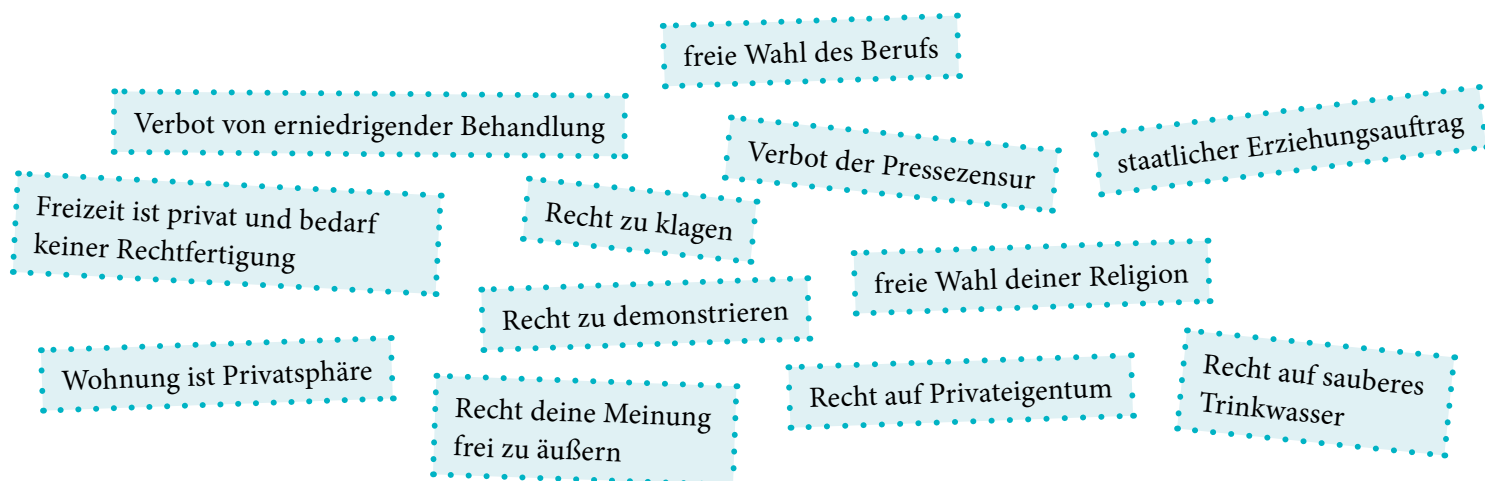
- War es schwierig, passende Beispiele zu finden?
 - War es schwierig, die Bildunterschrift zu schreiben?
 - Hat sich euer Verständnis für die ausgewählten Orte verändert? Inwiefern?
 - Ist die Kamera nützlich, um bestimmte Orte zu dokumentieren? Ist das Schreiben nützlich?
 - Welche positiven Beispiele habt ihr gefunden, wie Demokratie gelebt und gestärkt werden kann?
 - Kann man konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Demokratie machen? Wem könnte man diese Vorschläge unterbreiten (z.B. Schulverwaltung, Eltern, Politikern, Medien, Lehrern, anderen Verantwortlichen)?
-

Freiheitsrechte und Demokratie ①

Freiheitsrechte und Demokratie schützen die Freiheit der Menschen, auch gegenüber dem Staat. Sie gehören zu den allgemeinen Menschen- und Bürgerrechten. Die Freiheit hat in der Verfassung eines demokratischen Staates großen Wert.



- Tragt die Beispiele an der passenden Stelle in die Grafik ein.



Was ist Demokratie?

Luxemburg ist ein demokratischer Staat, d.h. die Entscheidungen liegen in den Händen der wahlberechtigten Bürger*innen. Die Wahlberechtigten wählen ihre Vertreter*innen (repräsentative Demokratie). 1919 wird das allgemeine Wahlrecht für Frauen und Männer

in Luxemburg eingeführt. Seit nunmehr hundert Jahren können im Prinzip alle Luxemburger*innen mitentscheiden, wer sie in der Abgeordnetenversammlung oder in der Gemeinde vertreten wird. Vor 1919 hatten dieses Recht nur wenige wohlhabende Männer.



Ordne die Aussagen aus der Tabelle den Puzzleteilen zu und färbe die Kreise mit der entsprechenden Farbe.

- ☐ Ich darf im Prinzip sagen, was ich denke (Meinungsfreiheit).
- ☐ Niemand hat die alleinige Macht.
- ☐ Ich kann vor Gericht ziehen, wenn ich meine Rechte oder Freiheiten eingeschränkt sehe.
- ☐ Ich entscheide, welche Politiker ich wähle.
- ☐ Ich habe das Recht, Entscheidungen zu kritisieren.
- ☐ Ich habe die gleichen Rechte wie mein reicher Nachbar.
- ☐ Ich werde vom Richter bestraft, wenn ich mich nicht an die Gesetze halte.
- ☐ Niemand darf mich zwingen, eine bestimmte Partei zu wählen.
- ☐ Ich darf für oder gegen etwas demonstrieren.
- ☐ Niemand darf mir über die Schulter schauen, wenn ich meine Stimme abgebe.
- ☐ Ich kann mich einer Nichtregierungsorganisation anschließen, um meine Interessen durchzusetzen.

1919: Wahlrecht für alle

Am 8. Mai 1919 wird das aktive (ab 21 Jahren) und passive (ab 25 Jahren) Wahlrecht für Frauen und Männer von der Abgeordnetenkommission angenommen. Bis dahin galt in Luxemburg noch immer das Zensuswahlrecht. Nur Männer durften wählen, sie mussten zudem über 25 Jahre alt sein und einen gewissen Steuerbeitrag leisten, um wählen zu gehen und gewählt zu werden. Der Zensus wurde wohl im Laufe der Zeit herabgesetzt, das Wahlrecht jedoch blieb einer Minderheit von wohlhabenden Männern vorbehalten. Schon vor dem Ersten Weltkrieg wurde darüber diskutiert, das Wahlrecht auf alle Männer, d.h. auch auf die einfachen Bauern, Tagelöhner und Arbeiter, auszuweiten. In

Luxemburg gab es lange keine konkreten Forderungen seitens einer Frauenbewegung, obwohl zu Beginn des 20. Jahrhunderts in vielen Teilen Europas das Frauenwahlrecht von Frauenorganisationen eingefordert wurde. Ab 1905 wurden allerdings die ersten Petitionen für das Frauenstimmrecht von sozialdemokratischen Frauen und Männern im Parlament eingereicht. Alle großen Parteien traten nach Ende des Ersten Weltkrieges für das Prinzip des allgemeinen Wahlrechts ein. Das Gesetz über das Frauenwahlrecht wurde aber letztendlich nur von den sozialistischen und konservativen Abgeordneten gestimmt. Die Liberalen wollten den Frauen vorerst nur das Gemeindewahlrecht zugestehen.

Aufruf, die Petition zur Einführung des Frauenstimmrechts zu unterschreiben, veröffentlicht in der sozialistisch-republikanischen Zeitung „Armer Teufel“, unterzeichnet u.a. von Marguerite Mongenast-Servais, 6.7.1918.

Frauenstimmrecht. Alle Fragen der Politik gehen die Frauen aus dem Volke ebenso an und zuweilen noch mehr als die Männer, z. B. wer Gesetze machen und Steuern ausschreiben soll, wer über Schulen, Kinderbewahranstalten, Spitäler, Alters- und Invalidenheime usw. befehlen soll, wie für Frau und Kind bei Ableben des Gatten und Vaters gesorgt wird, wie die Gesundheit der Arbeiter besser geschützt wird. Die Frau wird am ehesten zu haben sein für Verkürzung der Arbeitszeit, für

höhere Löhne, für genügende Renten für Greise, Invaliden, Witwen und Waisen. Die Frau wird am liebsten ihre Stimme jenen geben, welche für die Unterdrückten eintreten.

In allen Ländern Nordamerikas, Nordeuropas, Nordasiens und Australiens haben die Frauen das Stimmrecht erhalten. In vielen andern Ländern wird das Frauenstimmrecht demnächst eingeführt werden. Auch wir Luxemburger müssen die Hälfte der großjährigen Landsleute von der rechtlichen und politischen Gleichstellung mit Blödsinnigen, Narren und Verbrechern befreien und den Frauen das Recht geben, in allen großen Fragen, welche das Wohl und Wehe aller Luxemburger betreffen, mitzureden und mitzuentcheiden. (...)

- Welche entscheidende Änderung gab es 1919 in Luxemburg im Sinne der Demokratie?
- Inwiefern erkämpften sich die Frauen in Luxemburg ihr Wahlrecht?
- Beantworte anhand des Aufrufs folgende Fragen: Wie begründen die Frauen ihre Forderung nach dem Frauenwahlrecht? Welche Bereiche scheinen „typisch weiblich“? Wo entsprechen die Forderungen dem damaligen traditionellen Bild der Frau als „Ehefrau und Mutter“? Wo nicht?
- Inwiefern spiegelt das Foto die Atmosphäre der damaligen Zeit wider?



Spontane Rede der sozialistischen Aktivistin Lily Becker-Krier auf dem Knuedler anlässlich der Demonstration um Teuerungszulagen und Lebensmittelpreise, 13. August 1919

Wählen 1919: das erste Mal

Beim Referendum vom 28. September 1919 ging es um die politische Zukunft des Landes, d.h. um die Frage, ob Luxemburg eine Monarchie bleiben oder zur Republik werden sollte. Zudem stand die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Frankreich oder mit Belgien zur Wahl. Für die meisten stimmberechtigten Bürger*innen war es das erste Mal seit Einführung des allgemeinen Wahlrechts (8. Mai 1919), dass sie aufgefordert wurden, ihre Stimme abzugeben. 78% der Bevölkerung wollten an der Monarchie festhalten, 20% wünschten sich eine Republik. Obwohl sich die Mehrheit für eine Wirtschaftsunion mit Frankreich aussprach, kam diese, mangels Interesses seitens Frankreichs, nicht zustande.

Teil des Referendumszettels, 28. September 1919



Referendum **Volksreferendum**
du 28 septembre 1919. — vom 28. September 1919.

A.
Orientation politique. — Politische Orientierung.
Je désire — Ich wünsche

Le maintien de la Grande-Duchesse régnante Charlotte
Die Beibehaltung der regierenden Großherzogin Charlotte

Le maintien de la dynastie régnante avec une autre Grande-Duchesse
Die Beibehaltung der regierenden Dynastie unter einer andern Großherzogin

L'avènement d'une autre Dynastie
Die Einsetzung einer andern Dynastie

L'introduction du régime républicain
Die Einführung der Republik

B.
Orientation économique. — Wirtschaftliche Orientierung.

L'Union économique avec la Belgique
Den wirtschaftlichen Anschluß an Belgien

L'Union économique avec la France
Den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich

Quelle: Luxemburger Wort, 24.09.1919, Seite 1



Referendum

(Lat. re = zurück und ferre = tragen) bedeutet, dass ein Parlament eine Entscheidung an das Volk zurückträgt. Das Parlament oder die Regierung hat ein Gesetz, einen Beschluss oder einen Vertrag erarbeitet und alle wahlberechtigten Bürger*innen müssen darüber abstimmen. Eine Entscheidung des Parlaments wird somit zusätzlich durch das Volk legitimiert. Das Referendum von 1919 war eine Volksbefragung, das Resultat war rechtlich nicht bindend.

Welche Staatsform für die Demokratie?

Republik

konstitutionelle
Monarchie

- Erklärt in eigenen Worten die Funktion von Referenden. Worum geht es im Referendum vom 28. September 1919?
- Ordnet folgende Begriffe dem Schema zu: **1.** Staatshief ist ein/e Monarch*in (König*in, Großherzog*in) - **2.** Staatshief ist ein/e Präsident*in - **3.** Staatsoberhaupt wird gewählt - **4.** Funktion des Staatshiefs wird innerhalb der Familie vererbt - **5.** der Staatshief hat nur die Macht, die ihm die Verfassung zusichert - **6.** höchste Gewalt (Souveränität) liegt beim Volk.
- Untersucht den Referendumszettel. Was fällt bei der Gewichtung der Fragen auf?
- Stellt euch vor, heute würde über die folgenden Fragen abgestimmt:
 1. Republik oder Monarchie?
 2. Wirtschaftsunion: EU oder nicht?
 Wie würdet ihr abstimmen und warum?

Freiheit vs. staatliche Intervention

Die Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren führte zu einer Verbreitung der kommunistischen Ideen im Arbeitermilieu. Bei den deutschen Nachbarn kamen die Nationalsozialisten an die Macht. In diesem aufgeheizten politischen Klima stimmte die Abgeordnetenkammer im April 1937, auf Vorschlag der konservativen Regierung, ein sogenanntes „Ordnungsgesetz“. Dadurch sollten die kommunistische Partei und alle Verbände und Gruppierungen, die durch Gewalt

versuchten die Verfassung oder die Gesetze des Landes zu ändern, aufgelöst werden. Die Gegner dieses Gesetzes bezeichneten es als „Maulkorbgesetz“. Aufgrund wachsenden Widerstands organisierte die Regierung am 6. Juni 1937 ein Referendum, um sich das Gesetz bestätigen zu lassen. 50,67% der Luxemburger*innen lehnten das sogenannte „Maulkorbgesetz“ ab, da es u.a. eine Beeinträchtigung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit darstellte.

Karikatur von Albert Simon veröffentlicht im Escher Tageblatt am 24. April 1937



In der Mitte der konservative Regierungschef Joseph Bech.

Auszug aus einem Aufruf der Rechtspartei im Luxemburger Wort am 25. Mai 1937 im Vorfeld des Referendums

Zum Volksentscheid am 6. Juni über das Gesetz zum Schutz der sozialen und politischen Ordnung

I. Was will das Gesetz?

1. Es verbietet die kommunistische Partei und die der kommunistischen Internationale angegliederten Vereinigungen.
2. Es beauftragt die Regierung alle Vereinigungen aufzulösen, die durch Gewalt oder Drohungen oder durch Bildung bewaffneter oder paramilitärischer Verbände die Verfassung ändern oder das freie Funktionieren der verfassungsmäßigen Einrichtungen behindern wollen. Gegen den Entscheid der Regierung ist ein Rekurs beim Staatsrat zulässig. Das, und nur das ist der Sinn des Gesetzes! Alles andere, was die Gegner drum und dranhängen ist Phrase, Ablenkungsmanöver, Verdrehung und Lüge.

Das Gesetz verbietet nicht - wie seine Gegner glauben machen wollen -: die Meinungsfreiheit, die Rede- und Pressefreiheit, das Streikrecht, die berufliche und sonstige Vereinigungsfreiheit, die auf legalem Wege ihre Ziele verfolgt. Im Gegenteil, sein Zweck ist gerade die Verfassung und unsere demokratischen Freiheiten zu schützen gegen alle diejenigen, welche sich zusammenschließen, um sie mit Gewalt zu stürzen. Lest selbst das Gesetz! ... dann überlegt ... und dann erst entscheidet als freie, denkende Luxemburger. [...]

IV. Als echte Luxemburger: Wir stimmen mit einem Kreuz unterm Ja, und das Resultat vom 6. Juni wird einfach das sein, dass es keine kommunistische Partei mehr gibt und keine faschistische je geben wird, sondern nur eine freie und national weiter aufbauende Luxemburger Volksgemeinschaft. [...]

- In welchem historischen Zusammenhang wurde das Gesetz vom April 1937 vorgeschlagen? Weshalb wird dieses Gesetz im Volksmund als „Maulkorbgesetz“ bezeichnet? Wie reagierte die Regierung auf die Kritik am Gesetz?
- Bestimmt, ob die vorliegenden Dokumente jeweils für oder gegen das Gesetz sind. Beschreibt anschließend die Karikatur. Welche Symbole und Metaphern werden benutzt? Welche Botschaft wird vermittelt? Mit welcher Begründung will die Rechtspartei am Gesetz festhalten? Erläutert, wie der Begriff „Demokratie“ in beiden Dokumenten verwendet wird, um die jeweilige Position zu untermauern.
- Wie würdest du heute entscheiden? Bist du für einen starken Staat, der zum Schutz der bestehenden politischen und sozialen Ordnung eine Organisation oder eine politische Partei auflösen kann, die mit Gewalt und Drohungen agiert? Ja oder Nein? Begründe deine Antwort. Oder darf der Staat, deiner Meinung nach, unter keinen Umständen die Freiheitsrechte einschränken?



Dilemma

Unter einem Dilemma versteht man das Aufeinanderprallen zweier gleichrangiger, aber unvereinbarer Werte bei einer Entscheidungssituation, die in jedem Fall zu einer unbefriedigenden Lösung führt.

Einerseits vertritt der Staat die Rechtsordnung und schränkt dadurch möglicherweise die Freiheit des Einzelnen ein. Andererseits hätte der Staat die Möglichkeiten einzugreifen, um den Einzelnen zu schützen.

YES...NO.....YESNO...YES NOYES...YES
YES...NOYESNO...YES...NO YESNO..
...NO.....YES...NO.....YES NOYES
NO.....YES NO

Mögliche Gesetzesvorschläge

Pro Kontra

1.	Armee, Polizei und Sicherheitskräfte werden aufgelöst. Jeder/e Bürger*in ist für sich und seine/ihre Familie verantwortlich.		
2.	Der Staat sorgt für eine verstärkte Sicherheit seiner Bürger*innen, indem an allen öffentlichen Plätzen Überwachungskameras angebracht werden.		
3.	Das Bildungsministerium legt die Lehrpläne für die Schulkinder nicht fest.		
4.	Das Bildungsministerium legt eine Kleiderordnung an den Schulen fest.		
5.	Die Regierung kontrolliert die Internetzeit der Minderjährigen und kappt zu ihrem Schutz täglich nach einer Stunde die Verbindung.		
6.	Das Aufhängen von Werbung ist verboten, um das Straßenbild möglichst unberührt zu halten.		
7.	Der Staat errichtet eine „staatliche Ernährungsstelle“. Dieses Büro versorgt alle Bürger*innen und jeden Haushalt mit gesundem Essen, sodass es weniger Menschen mit Herzproblemen oder Übergewicht gibt.		

Entscheide dich!

Meiner Meinung nach sollte der Staat eingreifen, wenn:

Der Staat sollte nicht in die Freiheiten seiner Bürger*innen eingreifen, wenn:

- Kreuzt jeweils an, ob ihr die Gesetzesvorschläge akzeptiert oder nicht.
- Welches der folgenden Prinzipien vertreten die jeweiligen Gesetzesvorschläge: Freiheit, Eigenverantwortung, Sicherheit, Jugendschutz?
- Diskutiert anschließend in 4er-Gruppen sämtliche Gesetzesvorschläge. Findet Argumente für die jeweiligen Handlungsoptionen. Legt in der Gruppe fest, ob der Vorschlag angenommen oder abgelehnt wird.
- Wird die Freiheit von Einzelpersonen oder die von Gruppen geschützt? Wessen Freiheit wird durch die Intervention des Staates beeinträchtigt?
- Bestimmt anschließend, wann der Staat sich in das Leben seiner Bürger*innen einmischen soll und wann nicht? Weshalb? Findet weitere konkrete Beispiele.

1940-1944: Die Abschaffung der Demokratie

1939 feiert Luxemburg 100 Jahre Unabhängigkeit. Am 10. Mai 1940 wird der neutrale Staat Luxemburg durch die deutschen Truppen besetzt. Die luxemburgische Regierung sowie die Großherzogin Charlotte flüchten ins Exil. Luxemburg untersteht bis zum 31. Juli 1940 einer Militärverwaltung. Anschließend wird Luxemburg unmittelbar der deutschen Verwaltung unterstellt. Gustav Simon, nationalsozialistischer Gauleiter wird zum Chef der Zivilverwaltung ernannt und ist dem Diktator Hitler direkt unterstellt. Amtssitz wird das ARBED-Gebäude in der in Adolf-Hitler-Straße umbenannten Avenue de la Liberté in Luxemburg-Stadt. Nur dreieinhalb Monate nach dem Einmarsch der deutschen Truppen wird die Demokratie in Luxemburg abgeschafft. Die getroffenen Maßnahmen wollen die De-facto-Annexion Luxemburgs an das Reich sowie die Germanisierung der Bevölkerung. Sämtliche luxemburgischen Staatsstrukturen werden abgeschafft. Deutsche

Verordnungen ersetzen die luxemburgischen Gesetze. Das Französische wird verboten, die Meinungsfreiheit abgeschafft, Gewerkschaften und Parteien aufgelöst. Mit großem Propagandaaufwand wird versucht, die Bevölkerung für die NS-Ideologie zu gewinnen. 1941 wird der Reichsarbeitsdienst obligatorisch und im August 1942 die Wehrpflicht für die Luxemburger der Jahrgänge 1920 bis 1927 eingeführt.

Die Befreiung der Hauptstadt am 10. September 1944 durch die amerikanischen Truppen legt den Grundstein für die langsame Wiederbelebung demokratischer Strukturen. Am 23. September 1944 kehrt die Exilregierung nach Luxemburg zurück. Im November 1944 trifft das Parlament zusammen, ist jedoch nicht beschlussfähig, da über die Hälfte der Abgeordneten kriegsbedingt abwesend ist. Im Oktober 1945 finden die ersten nationalen Parlamentswahlen nach der Befreiung statt.

Place d'Armes: Ein Ort, zwei Realitäten



Jubiläumsfeier zur 100-jährigen Unabhängigkeit Luxemburgs, 1939



Die Place d'Armes während des 2. Weltkrieges

Merkmale:

Merkmale:

Auszug aus dem Titelblatt des Luxemburger Worts,
24.-25. August 1940

Das Zeitalter der Demokratie ist zu Ende!

Luxemburg, 23. August. Der Chef der Zivilverwaltung, Gauleiter Gustav SIMON, hat unter dem Heutigen folgenden

AUF RUF

erlassen:

Männer und Frauen Luxemburgs!
Luxemburgische Jugend!

Das Zeitalter der Demokratie hat sein Ende erreicht. Der Parlamentarismus ist im Begriffe unterzugehen. Damit aber erfüllt sich zugleich das Schicksal der Parteien und Interessenverbände.

LUXEMBURG IST KEINE WELT FÜR SICH.

Auch hier hat für alle Parteien die letzte Stunde geschlagen. Sie sind überflüssig geworden. Sie stellen ein Hemmnis dar für den Fortschritt der Entwicklung.

IHRE WEITERE EXISTENZ GEFÄHRDET DAS WOHL LUXEMBURGS.

Sie haben in den vergangenen Jahren die Neutralität umgestoßen, zu der Luxemburg Deutschland gegenüber verpflichtet war. Sie haben in den Versammlungen und Zeitungen gegen Deutschland und den Nationalsozialismus in unverantwortlicher Weise gehetzt. Sie haben sich in bewußte Abhängigkeit zu England und Frankreich — den Feinden der Menschheit — begeben. Sie haben dadurch die Beziehungen zwischen Deutschland und Luxemburg systematisch vergiftet.

DIE PARTEIEN SIND DAHER SCHULDIG AN DEM LEID UND DER NOT VIELER FAMILIEN LUXEMBURGS.

Im Interesse der gesamten Bevölkerung Luxemburgs spreche ich daher mit dem heutigen Tage

ein Verbot für alle Parteien

im Lande Luxemburgs aus. An Stelle des Haders der Parteien wird und muß treten der Gedanke der

Volksgemeinschaft

aller Schichten. Die von mir eingesetzten politischen Kommissare werden in engster Fühlungnahme mit der Bevölkerung dafür sorgen, daß Klassenhaß und Parteizank in Luxemburg niemals wieder aufleben.

Luxemburger aller Stände.

Mit der Auslöschung des Parteiensystems ist auch für Eure Heimat ein Zeitabschnitt beendet, unter das, was in ihm politische Vergangenheit wurde, ist ein Strich gezogen. Diese Vergangenheit soll tot sein und darf nie wieder zu neuem Leben erweckt werden.

Ein neuer Zeitabschnitt beginnt. Auf seiner Fahne steht die Parole:

Schaffende aller Stände vereinigt Euch!

Luxemburg, den 23. August 1940.
Der Chef der Zivilverwaltung: Gustav SIMON, Gauleiter.



Propaganda im Dienste der Diktatur

Propaganda wird eingesetzt, um die Meinung, die Stimmung in der Bevölkerung in eine bestimmte politische Richtung zu lenken.

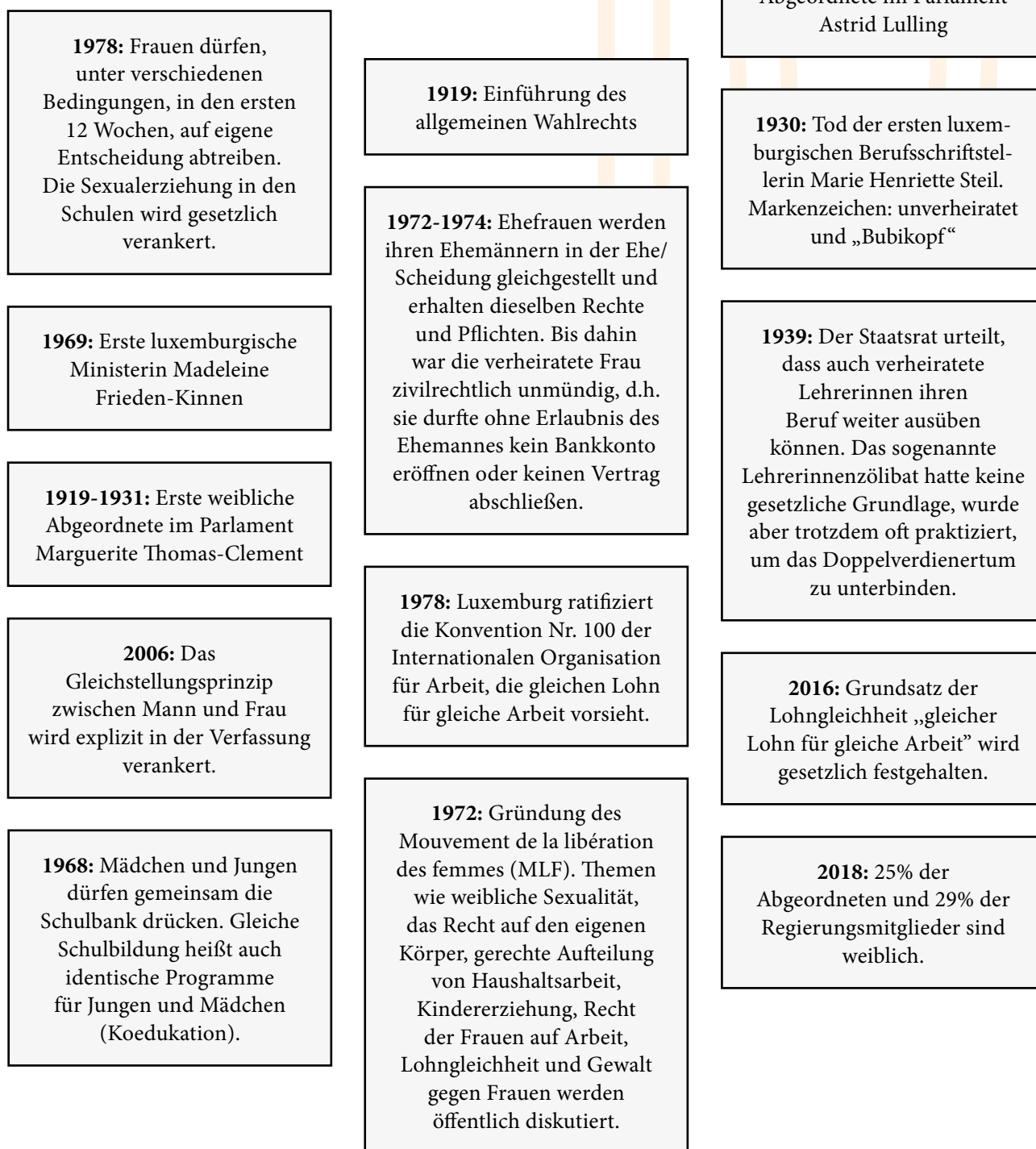
Propaganda:

- verbreitet Wahrheiten, Halbwahrheiten oder Lügen
- ignoriert unliebsame Informationen
- vereinfacht die Darstellung komplexer Sachverhalte
- manipuliert die Emotionen (Wahrnehmung und Bewertung von Ereignissen werden gesteuert)
- verschreibt sich einer bestimmten Idee
- kultiviert ein Feindbild
- benutzt ein bestimmtes Vokabular
- spricht ein ausgewähltes Zielpublikum an
- ...

- Markiert im Text die wichtigsten Etappen, die zur Abschaffung der Demokratie in Luxemburg geführt haben. Was fällt euch dabei auf?
- Vergleicht die Fotos. Ordnet die Fotos zeitlich ein! In welchem historischen Kontext wurden diese veröffentlicht? Ordnet folgende Begriffe den jeweiligen Fotos zu: Unterdrückung, Meinungsfreiheit, Demokratie, Freiheit, Angst, Diktatur, Indoktrination, Jubel, Pluralismus, Zensur.
- Wer ist der Autor des Textes „Das Zeitalter der Demokratie ist zu Ende“? Welche politische Funktion erfüllt dieser? Mit welchen Begrifflichkeiten werden die Parteien verunglimpft?
- Lest den Infokasten zur Propaganda. Warum handelt es sich beim Aufruf um Propaganda? Folgende Fragen können euch dabei helfen: Welches Feindbild wird beschworen? Mit welchen Lügen, Wahrheiten, Halbwahrheiten stellt sich der Besatzer in diesem Aufruf dar? Welche unliebsamen Informationen werden ignoriert? Wodurch werden die Parteien ersetzt? Mit welchen Emotionen spielt der Aufruf?
- Für Experten: Verfasst einen Aufruf zum Thema „Das Zeitalter der Diktatur ist zu Ende“.

Gleichstellung zwischen Mann und Frau

Auch nach der politischen Gleichstellung von 1919 bleiben Frauen noch jahrzehntelang rechtlich und wirtschaftlich Bürgerinnen zweiter Klasse. Den Frauen stehen theoretisch heute jedoch politisch und gesellschaftlich alle Wege offen. Männer und Frauen können sich 2019 ihren Lebensweg nach ihren Vorstellungen gestalten.



- Lest in Zweiergruppen die kurzen Texte. Färbt die Kästchen je nach Kategorie:
 - Parlament und Partizipation (gelb)
 - Ehe und Selbstbestimmung (blau)
 - Bildung und Beruf (rot)
 - Förderung der Frauen (grün)
- Diskutiert über die Ergebnisse im Plenum. Welches Datum hat euch besonders überrascht? Warum?
- Erstellt eine Zeitleiste: Schneidet die Texte aus und klebt sie in chronologischer Reihenfolge auf ein Poster. Illustriert die Zeitleiste mit entsprechenden Fotos.
- Gibt es heute noch Bereiche, in denen Frauen aufgrund ihres Geschlechtes benachteiligt werden? Diskutiert in der Klasse, indem ihr gegebenenfalls Beispiele aus eurem Alltag anführt.

BIOGRAFIE

Ein Leben im Dienst der Aufklärung



Marie-Paule Molitor-Peffer (1929-1999)

- Welche demokratischen Mittel nutzt Marie-Paule Molitor-Peffer, um ihre Forderungen durchzusetzen?
- Inwiefern ist sie auch heute noch ein Vorbild?

Marie-Paule Molitor-Peffer, seit 1958 Gynäkologin, wird beim Luxemburger Zweig des internationalen „Mouvement pour le Planning Familial“ aktiv. Dieser propagiert Familienplanung als Grundlage einer glücklichen Partnerschaft – in Luxemburg zu dieser Zeit ein Tabubruch. Die Ärztekammer läuft gegen die Schaffung von Familienplanungszentren in Luxemburg Sturm. Gegen Marie-Paule Molitor-Peffer wird eine Disziplinarprozedur angestrengt. Schließlich bringt Rechtsanwalt Robert Krieps, der sie verteidigt, die Affäre gar vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte.

Von 1981 bis 1992 ist Marie-Paule Molitor-Peffer Präsidentin des im Jahre 1965 gegründeten „Planning Familial“ in Luxemburg. Sie setzt sich für eine moderne Sexualerziehung, für den Zugang zu Verhütungsmitteln und die Entkriminalisierung der Abtreibung ein. Auch die Gewalt gegen Frauen und die sexuelle Misshandlung von Kindern macht sie zum Thema. In zahlreichen Stellungnahmen und Briefen an die Zeitungsredaktionen schneidet sie Probleme an, die in der Luxemburger Gesellschaft der sechziger und siebziger Jahre tabu sind. Marie-Paule Molitor-Peffer stirbt 1999 bei einem Unfall.

Auf Betreiben von Familienministerin Madeleine Frieden wird der „Planning familial“ ab 1972 vom Staat subventioniert. Neben dem Zentrum in der Hauptstadt entstehen in den 1970er Jahren weitere Zentren in Esch/Alzette und Ettelbrück. In der im Jahre 1978 reformierten Luxemburger Gesetzgebung zur Abtreibung werden die Familienplanungszentren gesetzlich verankert.

Sonja Kmec, Renée Wagener (et al.), Frauenleben–Frauenlegenden. Ein Streifzug durch 1000 Jahre Stadtgeschichte: Persönlichkeiten, Geschichte(n) und Hintergründe, Luxemburg 2007, S. 27-28.

Arbeit und Demokratie

Im Laufe der letzten hundert Jahre haben sich die Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen stetig verbessert. Arbeiterproteste sowie die Gründung von Gewerkschaften brachten mehr Rechte für die Arbeiter*innen. Privilegien, wie „freie Zeit“, die nur einer Minderheit vorbehalten waren, wurden durch die Einführung der Arbeitszeitbegrenzung und das Recht auf Urlaub demokratisiert, d.h. allgemein zugänglich gemacht.



Info: Die Ziele der Gewerkschaften sind: Arbeit für alle Menschen, genügend Lohn und Gehalt, um ohne Sorgen leben zu können, kürzere Arbeitszeiten und Mitbestimmung in den Betrieben.

1919-2019: Arbeitsbedingungen im Wandel



Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen (10.12.1948)

Artikel 23

1. Jeder hat das Recht auf Arbeit, auf freie Berufswahl, auf gerechte und befriedigende Arbeitsbedingungen sowie auf Schutz vor Arbeitslosigkeit.
2. Jeder, ohne Unterschied, hat das Recht auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit.
3. Jeder, der arbeitet, hat das Recht auf gerechte und befriedigende Entlohnung, die ihm und seiner Familie eine der menschlichen Würde entsprechende Existenz sichert, gegebenenfalls ergänzt durch andere soziale Schutzmaßnahmen.
4. Jeder hat das Recht, zum Schutz seiner Interessen Gewerkschaften zu bilden und solchen beizutreten.

Artikel 24

Jeder hat das Recht auf Erholung und Freizeit, auf eine vernünftige Begrenzung der Arbeitszeit und regelmäßigen bezahlten Urlaub.

Artikel 23 und 24 bedeutet für mich:

Ich darf ...

Ich muss ...

Mein/e Arbeitgeber*in darf nicht ...

Meine/e Arbeitgeber*in muss ...

Der Staat muss ...

Der Staat darf nicht ...

- Markiere in der Zeitleiste Errungenschaften oder Veränderungen, die du besonders wichtig findest. Begründe deine Wahl.
- Welche Forderungen der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte wurden seit 1948 in Luxemburg umgesetzt?
- Vervollständige mit Hilfe der Artikel 23 und 24 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte die Sätze. Diskutiert die Ergebnisse in der Klasse.
- Werden die Errungenschaften hinsichtlich der Arbeitsbedingungen durch die Digitalisierung der Arbeitswelt infrage gestellt? Warum? Warum nicht?

Die Begriffe Recht auf Arbeit, Sozialversicherung, Recht auf Erholung, Schutz der Gesundheit und der Freiheit der Ausübung gewerkschaftlicher Rechte werden in der Verfassung verankert.

Progressive Arbeitszeitverkürzung von 48 auf 40 Arbeitsstunden pro Woche

Einführung des Elternurlaubs (congé parental) und des Urlaubs aus familiären Gründen (2 Tage pro Jahr pro Kind)

Einführung der Familien- und Geburtszulagen

1970

1999

2007



↑ 1. Mai-Demonstration 1958 für Vollbeschäftigung und wirtschaftliche Mitbestimmung



← Demonstration 1973. Auf den Plakaten ist u.a. zu lesen „Unser Gesundheitswesen ist unterentwickelt“ und „Gleiche Chancen für Fremdarbeiterkinder“.

Künftige Herausforderungen an die Arbeitswelt

Computer und digitale Technik betreffen heute fast alle Bereiche des Lebens. Die Arbeits- und Wirtschaftswelt unterliegen in den kommenden Jahren tiefgreifenden Veränderungen. Die geregelten Arbeitszeiten der Arbeitnehmer*innen, die durch langwierige demokratische Prozesse erlangt worden sind, stehen auf dem Spiel. Ständige Verfügbarkeit, Globalisierung und Telearbeit stellen neue Herausforderungen an die Arbeitswelt.

Partizipation

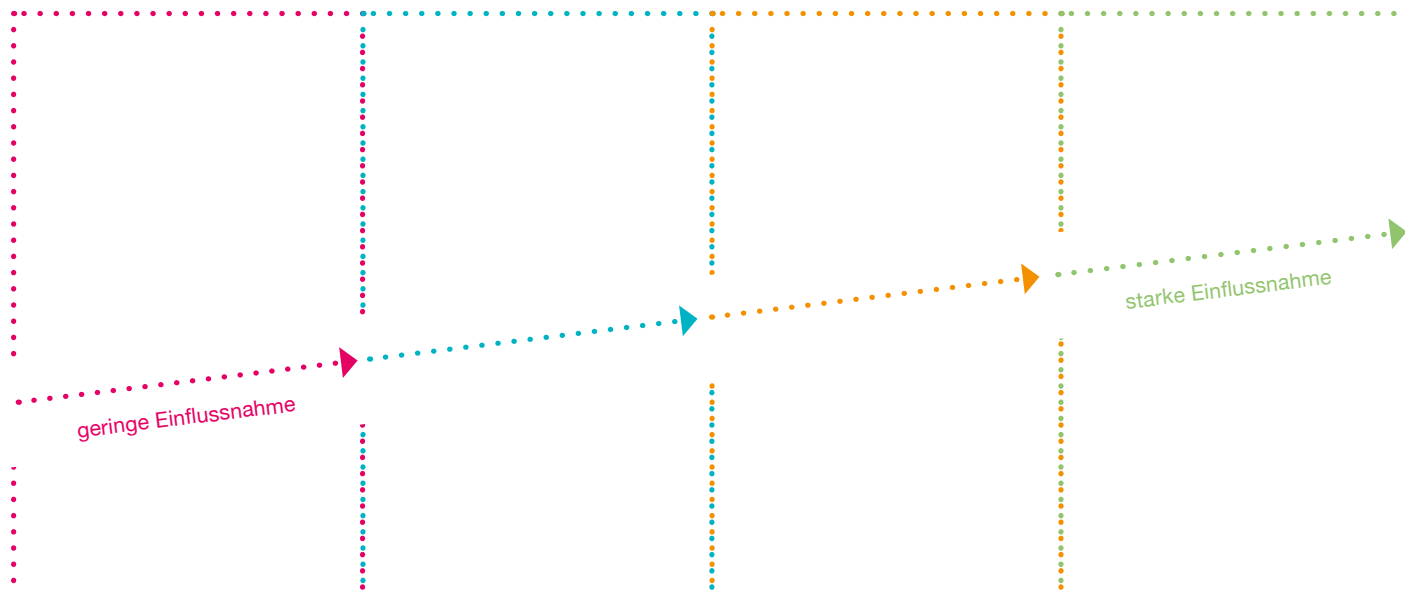
Demokratische Staaten leben von der Partizipation ihrer Bürger*innen. Ein wesentlicher Aspekt der Partizipation ist neben der Wahlberechtigung die Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen, bei denen man in irgendeiner Weise betroffen ist.

Klimastreik,
15. März 2019



Beteiligungsformen und Einflussnahme

Leserbrief Kommentarfunktion (Social Media) Referendum Wahl Petition einreichen
 Petition unterschreiben Parteimitgliedschaft Schlichtung oder Moderation (Peermediation)
 Bürgerinitiative Zukunftswerkstatt Bürgerforen Demonstrationen



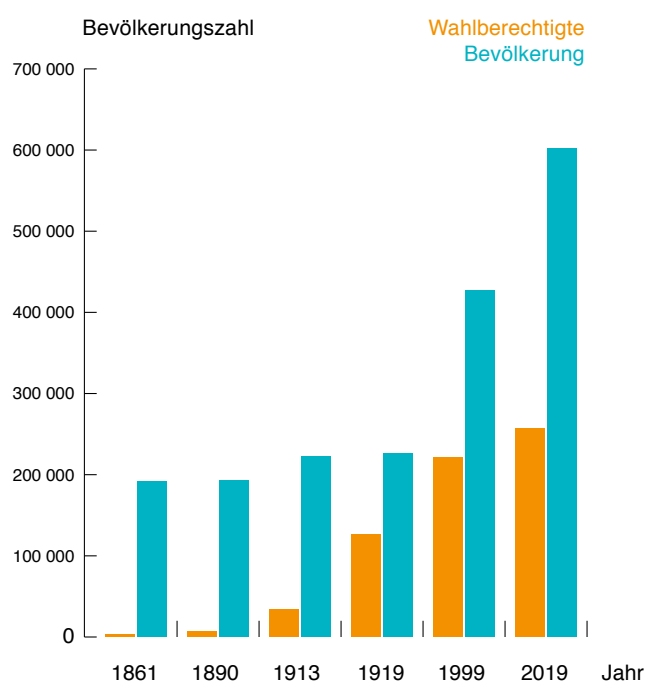
- Welche Möglichkeiten der politischen Partizipation gibt es für Jugendliche in Luxemburg?
- Ordnet die Beteiligungsformen für Bürger*innen der geschätzten Einflussnahme zu.

Wer muss/darf wählen?

	Legislativwahlen Alle 5 Jahre	Kommunalwahlen Alle 6 Jahre	Europawahlen Alle 5 Jahre	Sozialwahlen Im Prinzip alle 5 Jahre
	Die 60 Abgeordneten stimmen über eigene Gesetzesvorlagen oder die der Regierung ab.	Der gewählte Gemeinderat organisiert das Gemeindeleben (z.B. Wasser-, Energieversorgung), verwaltet die Finanzen der Gemeinden, ...	Die EU-Abgeordneten haben Mitspracherecht bei der EU-Gesetzgebung und dem EU-Budget. Sie kontrollieren die EU-Organe.	Alle Arbeitnehmer (einschließlich Rentner und Grenzgänger) dürfen 60 Vertreter in die Arbeitnehmerkammer wählen. Sie vertreten die Interessen der Arbeitnehmer und Rentner, indem sie z.B. Stellung zu Gesetzesentwürfen nehmen.
Wahlberechtigte bei den letzten Wahlen	256.698 (2018)	286.683 (2017)	285.435 (2019)	526.476 (2019)
Luxemburger*innen	* * *	* * *	* * *	* *
EU-Ausländer*innen		* * *	* * *	* *
Bürger*innen eines Drittstaates		* * *		* *

Aktives Wahlrecht * ; passives Wahlrecht * ; obligatorisch * ; Eintragung in die Wählerliste (an verschiedene Bedingungen geknüpft) *

Anteil der wahlberechtigten Bürger*innen in Luxemburg (1861-2019)



Was bedeutet Demokratiedefizit?

Der Begriff Demokratiedefizit wurde ursprünglich gebraucht, um die mangelnde Legitimation des politischen Systems der EU aufgrund zu geringer Partizipationsmöglichkeiten der Parlamente und Bürger zu beschreiben. Der Vertrag von Lissabon (2009) sieht hier Korrekturen vor, z. B. Bürgerinitiative, Stärkung des Europäischen Parlamentes, neue Kontrollrechte der nationalen Parlamente bei EU-Vorhaben. In Luxemburg wird der Begriff u.a. in Zusammenhang mit dem hohen Ausländeranteil verwendet. 48 Prozent der Einwohner*innen haben die luxemburgische Staatsangehörigkeit nicht und sind somit von den Nationalwahlen ausgeschlossen. Andere Partizipationsmöglichkeiten stehen ihnen jedoch offen.

- Bei welchen Wahlen haben die meisten Personen Mitspracherecht? Bei welchen die wenigsten? Welche scheinen am demokratischsten zu sein? Welche Wahlen haben den größten Einfluss auf die Politik? Welche sind für euch am wichtigsten? Begründet jeweils eure Antwort.
- Warum war die Anzahl der Wahlberechtigten bis 1919 so gering? Welche Bedeutung hatte die Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1919 für die Demokratie in Luxemburg? Wer blieb von diesen Wahlen ausgeschlossen?
- Berechnet den Anteil der Wahlberechtigten für die Legislativwahlen für die Jahre 1913, 1919, 1999 und 2019 in Prozenten (Formel: $100 \times \text{Anzahl der Wahlberechtigten} / \text{Gesamtbevölkerungszahl}$). Wer ist heute bei den Legislativwahlen wahlberechtigt? Was fällt auf?
- Woher stammt der Begriff „Demokratiedefizit“? In welchem Zusammenhang wurde er verwendet? Seid ihr der Meinung, dass es heute in Luxemburg ein „Demokratiedefizit“ gibt? Begründet eure Antwort.

Grenzenlose Meinungsfreiheit?

Die seit 1848 in der luxemburgischen Verfassung verankerte Meinungsfreiheit garantiert das Recht auf freie Meinungsäußerung. Sie ist jedoch nicht grenzenlos.

M1

Das Recht auf freie Meinungsäußerung und seine Grenzen

Art. 24 de la Constitution

La liberté de manifester ses opinions par la parole en toutes matières, et la liberté de la presse sont garanties, sauf la répression des délits commis à l'occasion de l'exercice de ces libertés - La censure ne pourra jamais être établie. (*Révision du 2 juin 1999*)

Art. 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte

Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung; dieses Recht schließt die Freiheit ein, Meinungen ungehindert anzuhängen sowie über Medien jeder Art und ohne Rücksicht auf Grenzen Informationen und Gedankengut zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.

Code pénal : Chapitre VI - Du racisme, du révisionnisme et d'autres discriminations

Art. 457-1 (article adapté)
Est puni d'un emprisonnement de huit jours à deux ans et d'une amende de 251€ à 25.000€ ou de l'une de ces peines seulement:

- quiconque,
- soit par des discours, cris ou menaces proférés dans des lieux ou réunions publics,
- soit par des écrits, imprimés, dessins, gravures, peintures, emblèmes, images ou tout autre support de l'écrit, de la parole ou de l'image vendus ou distribués, mis en vente ou exposés dans des lieux ou réunions publics,
- soit par des placards ou des affiches exposés au regard du public,
- soit par tout moyen de communication audiovisuelle, incite (...) à la haine ou à la violence à l'égard d'une personne, physique ou morale (...)

Art. 457-2 quiconque appartient à une organisation dont les objectifs ou les activités consistent à commettre l'un des actes prévus au paragraphe 1) du présent article; (...)

Art. 457-3 (...) qui (...) a contesté, minimisé, justifié ou nié l'existence d'un ou de plusieurs génocides (...), des crimes contre l'humanité et crimes de guerres (...)

Code pénal : Chapitre VI - Du racisme, du révisionnisme et d'autres discriminations

Art. 454 (article adapté)
Constitue une discrimination toute distinction opérée entre les personnes physiques ou morales à raison :

- de leur origine,
- de leur couleur de peau,
- de leur sexe,
- de leur orientation sexuelle,
- de leur situation de famille,
- de leur état de santé,
- de leur handicap,
- de leurs mœurs,
- de leurs opinions politiques ou philosophiques,
- de leurs activités syndicales,
- de leur appartenance ou de leur non appartenance, vraie ou supposée, à une ethnie, une nation, une race ou une religion déterminée.

Ist das noch Meinungsfreiheit?

Am 22. Juni 2012 veröffentlichte ein Luxemburger Medienhaus einen Artikel mit der Überschrift: „Gemeng Kielen: Haus fir Flüchtlinge kaaft“. Daraufhin erschienen auf der Facebookseite des Medienhauses folgende fremdenfeindliche Kommentare:

Die Kommentare im Internet



Person B - 22.06.2012

Daat Haus mist an flammen obgoen, wei all dei hauser dei fir deirt Geld kaaft gin fir wouscht drann ze setzen, pffffff offackelen

Mellen Antworten

Person C - 22.06.2012

Faerten dass et keng 20 Joer dauert bis dass erem én mat engem Schnauz d'Macht vum Wuert gebraucht fir d'Léit ze hypnotiséieren an d'grouss Botz mecht...mam Ennerscheid dass et dann net em d'Juden géet...!) Vielleicht faerten ech et och net)

Mellen Antworten

Person A - 22.06.2012

Also ech keint katzen wann ech esou eppes liesen!!Mir kreien näischt an die kreien alles an den A....gestach!!!Die sollen mol eng Rakeit an den A... gestach kréien dass si bis dohiner fleien wou si hier komm sin!!! Wou solls de do kee Rassist gin! Mech katzt di Ongerechtegkeet vis-à-vis vun de Letzeboier just nach un...

Mellen Antworten

Person D - 22.06.2012

Gin emmer mei fraleit vergewaltech, ass ed daat frei gin?Bus an Zuch gin kontrollen zesummen geschloen. Aal leit gin iwwerfall fir 5 euro. Ged drop an doweider angebrach, kanner kreien handy an suen geklaut etc... An Fakt ass, an daat ass beweisen op Videoen oder pleinten DAAT SIN FLUECHTLINGEN!!!! An esou gin mir beklaut!!!An waat mei esouer eran kommen waat mir mei beklaut gin! »

Mellen Antworten

Die juristischen Folgen

Sechs Tage später informierte die Staatsanwaltschaft die Polizei über diese fremdenfeindlichen Äußerungen, welche die Identität der Autoren nun ermitteln sollte. Die Beschuldigten wurden vorgeladen und gaben zu, diese Kommentare geschrieben zu haben. Sie gaben an, nicht gewusst zu haben, dass ihre Aussagen unter das Strafrecht fallen würden. Sie hätten lediglich ihre eigene Meinung als Reaktion auf diesen Artikel veröffentlicht.

Quelle: <https://justice.public.lu/fr/actualites/2013/02/jugement-incitation-haine.html>

Das Gerichtsurteil lautete:

A, B und D werden jeweils zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten mit Bewährung verurteilt. Sie dürfen sich in den nächsten fünf Jahren nicht strafbar machen.

C wird zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

- Untersucht M1. Welche Texte drücken allgemeine Prinzipien aus, welche befassen sich mit der konkreten Umsetzung dieser Prinzipien?
- Erstellt eine Tabelle zu Art. 454 des luxemburgischen Strafgesetzbuchs, in der ihr für jeden Diskriminierungsgrund ein Alltagsbeispiel nennt.
- Bewertet die Aussagen in M2. Fallen sie noch unter Meinungsfreiheit oder nicht? Vergleicht anschließend mit M1. In welchen Punkten verstoßen die Kommentare gegen das Gesetz?
- Kommentiert das Urteil. Findet ihr die Strafen angemessen? Begründet!

Und was sagen Sie zur Demokratie?

Die Vertreter*innen der verschiedenen Institutionen wurden Anfang 2019 gebeten, den Begriff „Demokratie“ zu definieren und ihre Rollen und Aufgaben in der luxemburgischen Demokratie zu beschreiben.

Fernand Etgen
Chamberpräsident,
Erster Bürger des Landes



Wie würden Sie Ihre Rolle und Aufgabe im Rahmen der luxemburgischen Demokratie beschreiben?

Das Herz unserer Demokratie schlägt im Parlament. Eine Demokratie und auch ein Parlament funktionieren nach verschiedenen Grundregeln. Eine meiner Aufgaben als Parlamentspräsident ist es, dafür zu sorgen, dass diese Regeln eingehalten werden, auch im politischen „Streit“. Nur so kann die Demokratie leben, erlebt werden und sich entfalten.

Jean-Claude Wiwinius
Präsident des Obersten Gerichtshofes
und des Verfassungsgerichtes



Wie würden Sie den Begriff „Demokratie“ definieren?

Die Demokratie bedeutet die Herrschaft (cratos) des Volkes (demos). Dieses politische System unterscheidet sich von anderen Systemen, wie der Diktatur oder Aristokratie, wo die Macht nur von einer Person ausgeübt wird. In Luxemburg wählen die Bürger ihre Vertreter, man spricht von einer repräsentativen Demokratie. Die Demokratie erfordert die Einhaltung der Gewaltentrennung zwischen der Legislativen, Exekutiven und Judikativen. Die Legislative hat die Befugnis, sich um Gesetze und Gesetzestexte zu kümmern, die Exekutive bildet die Regierung des Landes und die Judikative kontrolliert, ob eine ordnungsgemäße Anwendung der Gesetze vorhanden ist. Schlussendlich ist die Demokratie Hüterin der Gerechtigkeit, der Freiheit und der Chancengleichheit.

Wie würden Sie den Begriff „Demokratie“ definieren?

Die Demokratie ist ein politisches System, in dem die Herrschaft von den Bürgern ausgeht, die ein Parlament wählen.

Bei einer Demokratie ist nichts selbstverständlich und nichts auf ewig festgelegt. Wir müssen uns jeden Tag für die Demokratie einsetzen. Die Demokratie ist aber auch ein offener Prozess, weil sich die Meinungen in einer Gesellschaft und die politischen Mehrheiten ändern. Deshalb ist die Demokratie ein anspruchsvolles Modell des Zusammenlebens, wahrscheinlich das anspruchsvollste, das wir kennen. Sie fordert den Menschen viel ab. Es ist ein ständiger Kompromiss, denn wer beugt sich schon gerne einer Meinung, die er persönlich für falsch hält?

Wie würden Sie Ihre Rolle und Aufgabe im Rahmen der luxemburgischen Demokratie beschreiben?

Als Präsident des Verfassungsgerichts bin ich Hüter der Verfassung. Meine Funktion besteht im Respekt und Gunsten des allgemeinen Interesses, die Ausübung der Grundfreiheiten wie zum Beispiel die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit oder die Bewegungsfreiheit zu garantieren. Darüber hinaus, um eine Einhaltung und Gewährleistung des Gleichbehandlungsprinzips sicherzustellen, ist es meine Aufgabe, darauf zu achten, dass in einer vergleichbaren Situation zwei Menschen gleich behandelt werden. Letztendlich erfordert meine Funktion die Überprüfung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze, die wiederum ein ausgewogenes Verhältnis und eine gerechte Verteilung der Gewaltentrennung ermöglicht.

Wie würden Sie den Begriff „Demokratie“ definieren?

In einem demokratischen Staat übt das Volk die gesetzgebende Gewalt aus, sei es direkt, zum Beispiel mittels Referendum, oder indirekt, durch die von ihm gewählten Vertreter. Luxemburg ist eine repräsentative Demokratie, denn nur die Abgeordnetenkommission hat die Gesetzgebungsgewalt inne. Eine demokratische Staatsform setzt zwingend voraus, dass weitere wichtige Grundsätze beachtet werden, wie der Grundsatz der Gewaltenteilung in Legislative, Exekutive und Judikative, der Grundsatz universeller, direkter und freier Wahlen, das Rechtsstaatsprinzip und die Wahrung der Menschenrechte und Freiheiten.



Xavier Bettel
Staatsminister

Wie würden Sie den Begriff „Demokratie“ definieren?

Demokratie ist ein politisches System, in dem die Macht vom Volk ausgeht. In Luxemburg üben die Bürger ihre Souveränität indirekt über gewählte Abgeordnete im Parlament aus. Für mich geht Demokratie jedoch über diese Definition hinaus. Demokratie ist viel mehr als eine Regierungsform, es ist eine Gesellschaftsform und ein Wertesystem, in dem der Bürger die Möglichkeit hat, seine Meinungen und Vorstellungen frei zu äußern. Wichtig für eine Demokratie ist darüber hinaus, dass die Justizbehörden ihre Arbeit unabhängig ausführen können und es auch freie und unabhängige Medien gibt.



Agnès Durdu
Präsidentin des Staatsrates

Wie würden Sie Ihre Rolle und Aufgabe im Rahmen der luxemburgischen Demokratie beschreiben?

Der Staatsrat ist damit beauftragt, die Vereinbarkeit luxemburgischer Rechtsnormen, bevor diese erlassen werden, mit den Normen höheren Rechts zu prüfen. Die demokratische Staatsform wird in der Verfassung und verschiedenen völkerrechtlichen Verträgen, wie der Europäischen Menschenrechtskonvention und den Verträgen der Europäischen Union erwähnt. In seinen Gutachten, in denen er sowohl die Abgeordnetenkommission als auch die Regierung berät, weist der Staatsrat daher auf jeden Verstoß gegen die demokratischen Regeln hin, der durch ein neues Gesetz, eine neue Verordnung oder eine Verfassungsänderung begangen werden könnte.

Wie würden Sie Ihre Rolle und Aufgabe in der luxemburgischen Demokratie beschreiben?

In unserem politischen System übt die Regierung gemeinsam mit dem Großherzog die Exekutivgewalt aus. Die Regierung ist somit für die Umsetzung der vom Parlament ausgearbeiteten und verabschiedeten Gesetze verantwortlich. Das Parlament wird direkt von den Bürgern gewählt und vertritt sie bei der Ausübung gesetzgebender Gewalt. Der Premierminister ist Vorsitzender der Regierung, die

aus einer Koalition von Parteien besteht, die eine Mehrheit im Parlament bilden. Er vertritt die Regierung auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene. Auf diese Weise bin ich also für die Koordination zwischen den Ministerien und die Organisation von Regierung und Staat im Allgemeinen zuständig, ebenso, wie für die verfassungsmäßigen Vorrechte der Regierung.

Gewaltentrennung



Judikative



Legislative



Exekutive

- Lest die Aussagen zu: „Wie würden Sie den Begriff „Demokratie“ definieren?“ Erstellt eine Liste mit Schlagwörtern, welche die Demokratie beschreiben.
- Welche Begriffe werden am häufigsten verwendet? Sind die Definitionen einheitlich? Welche verschiedenen Teilaspekte von Demokratie werden thematisiert?
- Lest die Aussagen darüber, wie die Amtsträger*innen ihre Rolle in der Luxemburger Demokratie sehen. Erstellt eine Tabelle zur Gewaltentrennung. Welche Institution gehört wohin? Ordnet anschließend die Personen und ihre Hauptaufgaben in die passende Spalte ein.

Les reporters de la démocratie

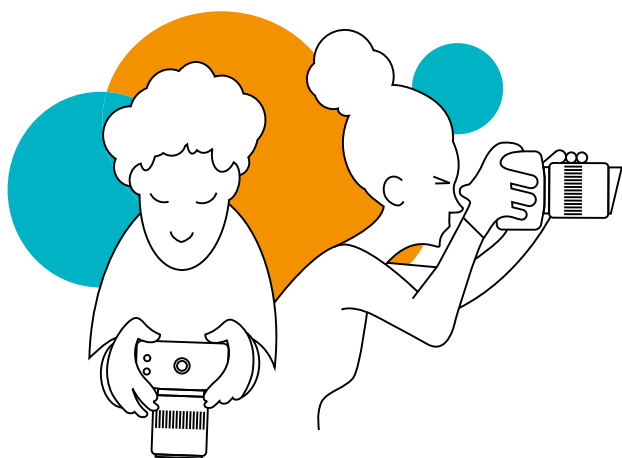
Thématiques	libertés individuelles
Durée	5-6 unités
Compétences	juger et agir
Méthodes	enseignement par projet (planification, réalisation et évaluation du projet)
Matériel	photocopies, appareil photo, papier, crayons, imprimante
Objectifs pédagogiques	sensibiliser à la démocratie et aux libertés individuelles dans la vie quotidienne ; reconnaître que la démocratie peut être mise en danger dans certaines circonstances et doit donc être défendue.

Phase de planification

- Au début du projet, l'enseignant(e) évoque avec les élèves le travail des reporters photo dans les médias imprimés, sur internet et à la télévision. Il/elle leur explique qu'ils vont endosser le rôle de reporters et présenter à l'aide de photos un lieu où la démocratie est montrée, favorisée ou vécue. Les élèves obtiennent des informations sur les libertés individuelles et leur importance pour le maintien de la démocratie (fiche à copier ①). Les élèves doivent prendre conscience qu'ils pourront rencontrer, dans leur rôle de « reporter », des exemples vraiment positifs, mais aussi des cas où les libertés individuelles sont bafouées.
- Les élèves choisissent des lieux représentatifs de la démocratie au Luxembourg, par ex. le parlement, un monument, un palais de justice, une commune, une ONG, un lobby, une structure de représentation du personnel, un parti, etc. L'enseignant(e) peut mettre à disposition une liste de propositions.
- Chaque groupe de trois ou quatre choisit alors un lieu de démocratie spécifique.

Par exemple :

- **La démocratie en tant qu'institution** : le groupe A peut, par exemple, documenter le travail du parlement en participant à une séance publique ou en discutant avec un/e député/e.
- **La démocratie, synonyme de droit à l'information/éducation sexuelle** : selon l'interprétation, le groupe B peut s'informer sur la contraception, le soutien et l'avortement auprès du planning familial et de Pro Familia et documenter leur travail (éducation sexuelle au sens de droit à disposer de son corps). Le groupe B peut aussi interpréter l'expression droit à l'information/éducation sexuelle comme un droit à l'information et documenter, par exemple, le travail d'une rédaction de journal ou d'un journaliste (les médias exercent une fonction de contrôle vis-à-vis de l'État).
- **Formes symboliques de la démocratie** : le groupe C peut, par exemple, analyser et documenter un ou plusieurs monuments (Gëlle Fra, mémorial de la Shoah, etc.).



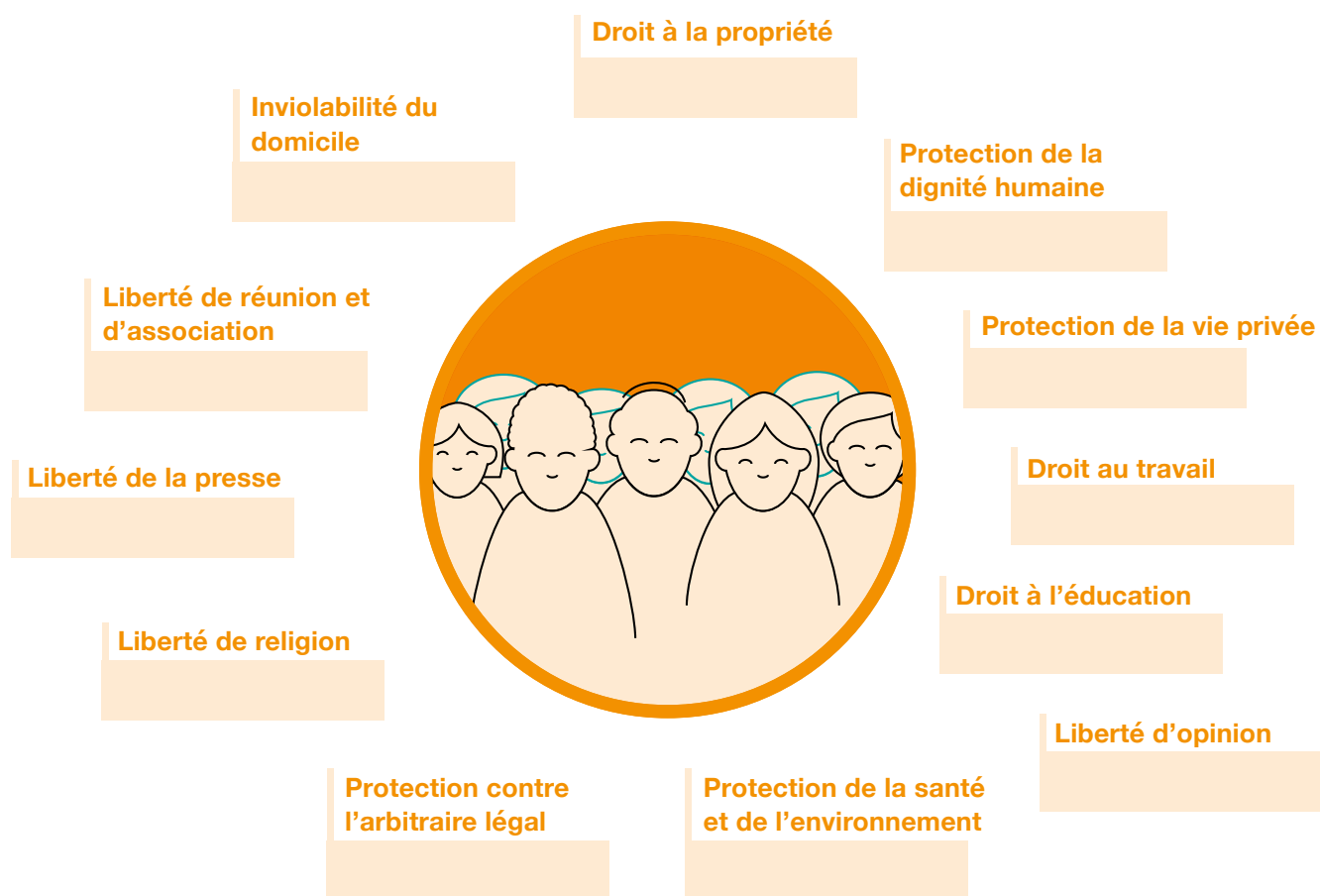
- **Démocratie et séparation des pouvoirs :** le groupe D peut, par ex., visiter un palais de justice et présenter comment le droit est appliqué.
- Les groupes bénéficient de temps pour discuter de leurs sujets et planifier leurs recherches. Les élèves prennent des photos du lieu choisi et contactent un responsable.
- Chaque petit groupe discute son projet en classe. Les dates de remise et de présentation sont fixées ensemble.

- Phase de réalisation**
- Une fois que les élèves ont visité et documenté les lieux choisis en dehors des cours, ils sélectionnent les photos adaptées pendant les cours. À la fin, chaque groupe se met d'accord sur une seule photo.
 - Une légende est alors formulée pour chaque photo.
 - Lorsque chaque groupe a sa photo, l'enseignant(e) leur donne du temps pour organiser une petite exposition. Chaque photo doit comprendre les éléments suivants : un titre, les noms des reporters, la légende qui indique quand et où elle a été prise et ce qu'on y voit. Un rapport est formulé pour chaque photo, qui associe la photo à certaines libertés individuelles et contenant des propositions sur la manière de les gérer à l'avenir. Les parents, la direction de l'école et les responsables peuvent être invités à l'exposition pour voir et écouter les propositions des élèves et discuter avec eux des modifications possibles.

- Phase de suivi et d'évaluation**
- A-t-il été difficile de trouver les exemples que vous avez utilisés ?
 - A-t-il été difficile d'écrire les légendes ?
 - Votre compréhension des lieux choisis a-t-elle changé ? En quoi ?
 - Un appareil photo est-il utile pour révéler certaines situations ?
Le fait de rédiger un rapport est-il utile ?
 - Quels exemples positifs de vie et de renforcement démocratiques avez-vous trouvés ?
 - Peut-on faire des propositions concrètes pour améliorer la démocratie ? À qui pourrait-on soumettre ces propositions (par ex. administration scolaire, parents, hommes/femmes politiques, médias, enseignant(e)s, autres responsables) ?

Libertés individuelles et démocratie ①

Les libertés individuelles sont les droits qui protègent la liberté des individus, même vis-à-vis de l'État. Elles font partie des droits universels de l'homme et du citoyen. Dans la Constitution d'un État démocratique, la liberté est très importante.



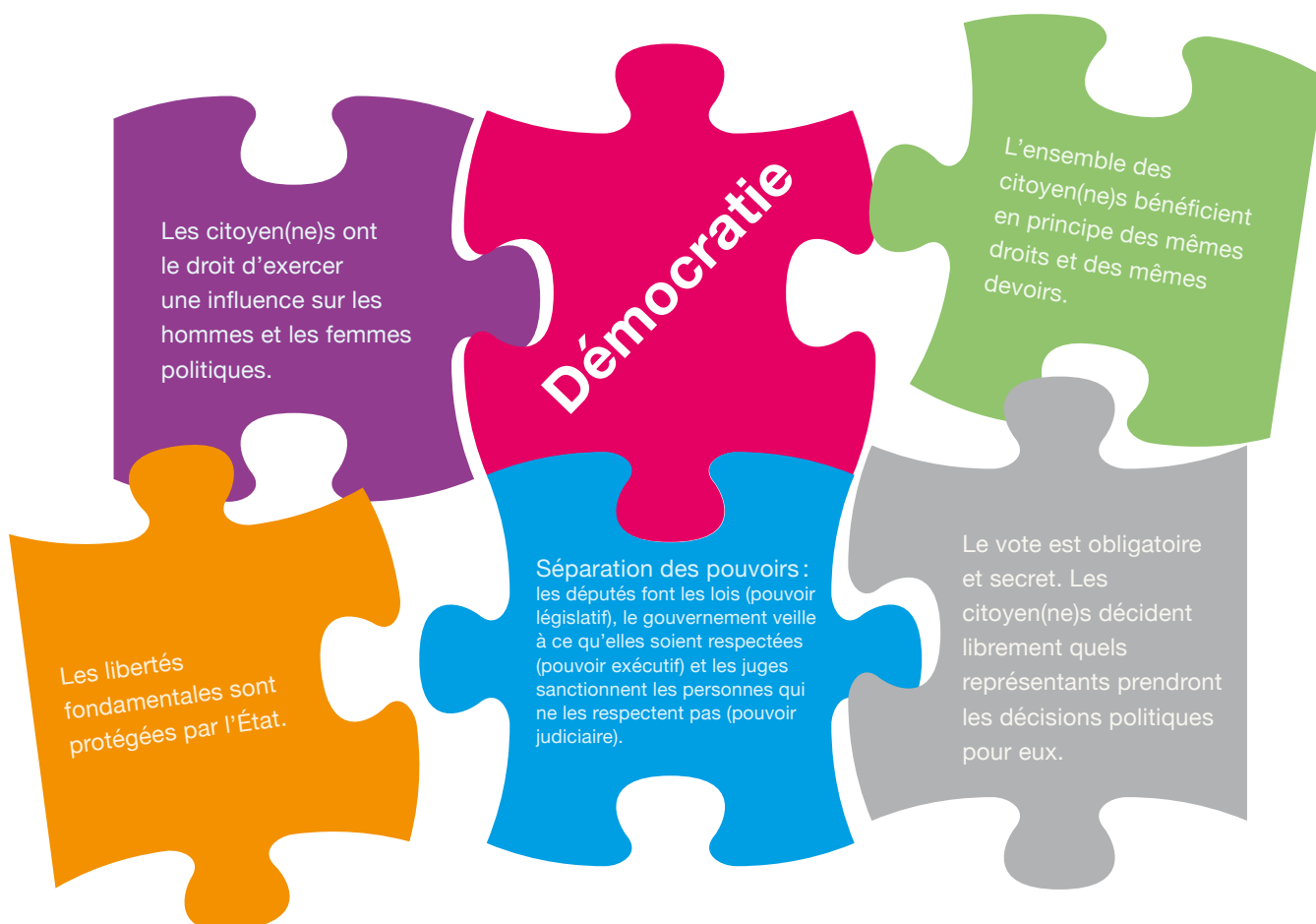
➤ Inscrivez les exemples à l'endroit voulu dans le graphique.



La démocratie, qu'est-ce que c'est ?

Le Luxembourg est un État démocratique, c'est-à-dire que les décisions reviennent aux citoyen(ne)s qui ont le droit de vote. Les électeurs élisent leurs représentants (démocratie représentative). En 1919, le Luxembourg adopte le suffrage universel pour les femmes

et les hommes. Depuis plus de 100 ans, tous les Luxembourgeois/es peuvent, en principe, décider qui les représente à la Chambre des députés ou au conseil municipal. Avant 1919, seuls les hommes riches bénéficiaient de ce droit.



Attribue les déclarations du tableau aux pièces du puzzle et colorie les cercles en conséquence.

- ☐ En principe, je peux dire ce que je pense (liberté d'opinion).
- ☐ Personne ne détient les pleins pouvoirs.
- ☐ Je peux saisir le tribunal si je considère que mes droits ou mes libertés sont bafoués.
- ☐ Je décide pour quel(le) homme ou femme politique voter.
- ☐ J'ai le droit de critiquer les décisions.
- ☐ J'ai les mêmes droits que mon voisin riche.
- ☐ Si je ne respecte pas les lois, je suis sanctionné par le juge.
- ☐ Personne ne peut me forcer à voter pour un parti en particulier.
- ☐ J'ai le droit de manifester pour ou contre quelque chose.
- ☐ Personne ne peut vérifier pour qui je vote.
- ☐ Je peux adhérer à une organisation non gouvernementale pour défendre mes intérêts.

1919: le droit de vote pour toutes et tous

Le 8 mai 1919, la Chambre des Députés adopte le droit de vote actif (à partir de 21 ans) et passif (à partir de 25 ans) pour les femmes et les hommes. Jusqu'alors, le Luxembourg appliquait encore le suffrage censitaire. Les hommes de plus de 25 ans devaient s'acquitter d'un certain montant d'impôt pour pouvoir voter et être élus. Si le cens avait été réduit au fil du temps, le droit de vote restait tout de même réservé à une minorité d'hommes aisés. Avant la Première Guerre mondiale, déjà, il avait été question d'élargir le droit de vote à tous les hommes, c'est-à-dire aux simples paysans, journaliers et travailleurs. Pendant longtemps, aucun mouvement féministe au Luxembourg n'a fait de demande

concrète, même si, au début du XX^e siècle, le droit de vote des femmes était réclamé par les organisations féministes de nombreux pays d'Europe. Dès 1905, les premières pétitions pour le droit de vote des femmes ont été déposées à la Chambre des députés par des hommes et femmes socialistes. À la fin de la Première Guerre mondiale, tous les grands partis se sont engagés en faveur du suffrage universel. Mais la loi introduisant le droit de vote des femmes n'est finalement votée que par les députés socialistes et conservateurs. Dans un premier temps, les libéraux ne voulaient accorder aux femmes que le droit de voter aux élections communales.

Appel à signer la pétition pour l'introduction du droit de vote des femmes, publié dans le journal socialiste républicain «Armer Teufel», signé notamment par Marguerite Mongenast-Servais, 6.7.1918.

Droit de vote des femmes. Toutes les questions politiques concernent autant, sinon plus, les femmes du peuple que les hommes, par exemple qui doit faire les lois et instaurer l'impôt, qui doit diriger les écoles, les garderies, les hôpitaux, les hospices de vieillards et d'invalides, etc., comment prendre en charge les femmes et les enfants en cas de décès de l'époux et du père, comment mieux protéger la santé des travailleurs. La femme sera vraisem-

blablement favorable à la réduction du temps de travail, à l'augmentation des salaires, à des rentes suffisantes pour les vieillards, les invalides, les veuves et les orphelins. La femme préférera donner sa voix à ceux qui défendent les opprimés.

Dans tous les pays d'Amérique du Nord, d'Europe du Nord, d'Asie du Nord et en Australie, les femmes ont obtenu le droit de vote. Dans de nombreux autres pays, le droit de vote des femmes sera bientôt adopté. Nous aussi, Luxembourgeois, devons libérer la moitié des concitoyens majeurs de l'égalité juridique et politique avec les idiots, les imbéciles et les criminels et donner aux femmes le droit de participer aux débats et aux décisions qui concernent toutes les grandes questions relatives au destin de tous les Luxembourgeois. (...)

- Quels étaient les changements majeurs introduits en 1919 au Luxembourg relatifs à la démocratie ?
- Dans quelle mesure les femmes ont-elles lutté pour obtenir le droit de vote au Luxembourg ?
- Répondez aux questions suivantes à l'aide de l'appel : Comment les femmes justifient-elles leur revendication ? Quels domaines semblent « typiquement féminins » ? En quoi les revendications correspondent-elles à l'image traditionnelle de l'époque, qui voulait qu'une femme soit « épouse et mère » ? En quoi ne correspondent-elles pas ?
- Dans quelle mesure la photo reflète-elle l'atmosphère de l'époque ?



Discours spontané de la militante socialiste Lily Becker-Krier sur le Knuedler à l'occasion de la démonstration relative au renchérissement des prix et aux prix des denrées alimentaires, 13 août 1919

Voter pour la première fois en 1919

Le référendum du 28 septembre 1919 portait sur l'avenir politique du pays, c'est-à-dire qu'on demandait aux électeurs si le Luxembourg devait rester une monarchie ou devenir une république. La collaboration économique avec la France ou avec la Belgique était également soumise au vote. Pour la plupart des électrices et électeurs, c'est la première fois qu'ils étaient invités à voter depuis l'introduction du suffrage universel, le 8 mai 1919. 78% de la population souhaitait conserver une monarchie, 20% se prononçait pour une république. Bien que la majorité se soit exprimée pour une union économique avec la France, celle-ci n'a jamais vu le jour, par manque d'intérêt de la part des Français.

Extrait du bulletin de vote du référendum du 28 septembre 1919



Referendum Volksreferendum
du 28 septembre 1919. — vom 28. September 1919.

A. Orientation politique. — Politische Orientierung.
Je désire — Ich wünsche

Le maintien de la Grande-Duchesse régnante Charlotte
Die Beibehaltung der regierenden Großherzogin Charlotte

Le maintien de la dynastie régnante avec une autre Grande-Duchesse
Die Beibehaltung der regierenden Dynastie unter einer andern Großherzogin

L'avènement d'une autre Dynastie
Die Einsetzung einer andern Dynastie

L'introduction du régime républicain
Die Einführung der Republik

B. Orientation économique. — Wirtschaftliche Orientierung.

L'Union économique avec la Belgique
Den wirtschaftlichen Anschluß an Belgien

L'Union économique avec la France
Den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich



Référendum

(du latin referre = rapporter) signifie qu'un parlement remet au peuple une décision. Le parlement ou le gouvernement a élaboré une loi, une décision ou un contrat qui est soumis au vote de l'ensemble des électeurs/trices. Le référendum permet ainsi de légitimer par le peuple une décision du parlement. Le référendum de 1919 était une consultation populaire. Le résultat n'avait juridiquement pas de force contraignante.

Quelle forme d'État pour la démocratie ?

République

Monarchie
constitutionnelle

Source: Luxemburger Wort, 24.09.1919, page 1

- Expliquez avec vos propres mots la fonction des référendums. Quel est l'objet du référendum du 28 septembre 1919 ?
- Classez les expressions suivantes dans le schéma : 1. le chef d'État est un/e monarque (roi/reine, grand-duc/grande-duchesse) – 2. le chef d'État est un/e président/e – 3. le chef d'État est élu – 4. la fonction de chef d'État est héritée – 5. le chef d'État n'a que le pouvoir que la constitution lui garantit – 6. le pouvoir suprême (la souveraineté) revient au peuple.
- Examinez le bulletin de vote du référendum. Que remarquez-vous dans la hiérarchisation des questions ?
- Imaginez que l'on vote aujourd'hui sur les questions suivantes :
 1. république ou monarchie ?
 2. Union économique : UE ou pas ?
 Comment voteriez-vous et pourquoi ?

Liberté vs. intervention de l'État

La crise économique des années 1930 a permis aux idées communistes de se diffuser dans les milieux ouvriers. Chez les voisins allemands, les nazis sont arrivés au pouvoir. Dans ce climat politique tendu, la Chambre des députés adopte en avril 1937 une loi dite « loi d'ordre » sur proposition du gouvernement conservateur. Elle prévoit la dissolution du parti communiste et des groupements et associations visant à changer la Constitution ou les lois du pays par violence ou menaces. Les opposants la désignent sous l'expression « loi muselière ». En raison de l'opposition croissante, le gouvernement organise un référendum le 6 juin 1937 pour confirmer l'adoption de la loi. 50,67 % des Luxembourgeois(es) rejettent la loi muselière, car elle constituait entre autres une entrave à la liberté d'opinion et de réunion.

Caricature d'Albert Simon, publiée dans l'Escher Tageblatt, le 24 avril 1937



Au milieu le chef du gouvernement le conservateur Joseph Bech.
Traduction : « pour la démocratie » « une voix naturelle dit : Tel est pris qui croyait prendre »

Extrait d'un appel du parti de droite publié préalablement au référendum dans le Luxemburger Wort du 25 mai 1937

À propos du référendum sur la loi pour la protection de l'ordre social et politique

I. Quel est l'objet de la loi ?

1. Elle interdit le Parti communiste et les associations affiliées à l'Internationale communiste.
2. Elle ordonne au gouvernement de dissoudre toutes les associations qui veulent changer par violence ou menaces ou par la formation de groupements armés ou paramilitaires la Constitution ou perturber le libre fonctionnement des institutions constitutionnelles. Pour contrer le gouvernement, seul un recours auprès du Conseil d'État est valable. Voilà le seul esprit de la loi. Toute autre chose, tout ce que les adversaires y accrochent, n'est qu'un verbiage, manœuvre de diversion, détournement et mensonge.

La loi n'interdit pas, comme ses opposants voudraient faire croire : la liberté d'opinion, la liberté d'expression et de la presse, le droit de grève et la liberté d'association professionnelle et autre qui poursuit ses objectifs par des moyens légaux. Au contraire, son but est précisément de sauvegarder la Constitution et nos libertés démocratiques contre tous ceux qui s'associent pour les renverser par la violence. Lisez la loi vous-mêmes ! ... puis réfléchissez ... décidez seulement après en tant que Luxembourgeois libres et réfléchis. [...]

IV. En tant que vrais Luxembourgeois : Nous cochons Oui, et le résultat du 6 juin va montrer qu'il n'y aura plus de Parti communiste et jamais un parti fasciste, mais seulement une communauté luxembourgeoise, nationale et libre, en plein développement. [...]

- Dans quel contexte historique cette loi avait-elle été proposée ? Pourquoi cette loi est-elle désignée par l'expression « loi muselière » dans le langage courant ? Comment le gouvernement avait-il réagi aux critiques dont a fait l'objet la loi ?
- Déterminez la position respective des documents présents. Décrivez ensuite la caricature. Quels sont les symboles et métaphores utilisés ? Quel est le message transmis ? Quelle est l'argumentation du parti conservateur pour défendre la loi ? Commentez comment le terme de « démocratie » est utilisé dans les deux documents pour souligner les argumentations respectives.
- Quelle décision prendrais-tu aujourd'hui ? Es-tu pour un État fort, qui peut dissoudre une organisation ou un parti politique pour protéger l'ordre politique et social existant, qui fait usage de la violence et de menaces ? Oui ou non ? Justifie ta réponse.



Dilemme

Un dilemme est l'affrontement de deux valeurs de même rang, mais qui sont inconciliables dans le cadre d'une décision qui mènera dans tous les cas à une solution insatisfaisante.

D'une part, l'État représente l'ordre juridique et limite ainsi, éventuellement, la liberté de chacun. D'autre part, l'État pourrait intervenir pour protéger chaque individu.

YES...NO.....YESNO...YES NOYES...YES
YES...NOYESNO...YES...NO YESNO..
...NO.....YES...NO.....YES NOYES
NO.....YES NO

Des propositions de lois possibles

Pour Contre

1.	L'armée, la police et les forces de sécurité sont dissoutes. Chaque citoyen/ne est responsable de lui-même/d'elle-même et de sa famille.		
2.	L'État garantit une meilleure sécurité de ses citoyen(ne)s en installant des caméras de surveillance dans tous les endroits publics.		
3.	Le ministère de l'Éducation ne fixe pas les programmes scolaires des écoles.		
4.	Le ministère de l'Éducation fixe un code vestimentaire pour les écoles.		
5.	Le gouvernement contrôle le temps passé par les mineur(e)s sur internet et, pour leur protection, interrompt la connexion au bout d'une heure chaque jour.		
6.	L'affichage de publicité est interdit afin de préserver l'image des rues.		
7.	L'État instaure un « service public de l'alimentation » qui fournit à l'ensemble des citoyen(ne)s et des foyers une nourriture saine, afin qu'il y ait moins de personnes souffrant de problèmes cardiaques ou de surpoids.		

À toi de décider!

Selon moi, l'État devrait intervenir quand:

Selon moi, l'État ne devrait pas intervenir dans les libertés de ses citoyen(ne)s quand:

- Indiquez si vous acceptez les propositions ou non.
- Parmi les principes suivants, lequel défend la proposition de loi: liberté, responsabilité individuelle, sécurité, protection de la jeunesse?
- En groupe de 4, discutez de toutes les propositions de loi. Trouvez des arguments pour chacune des options. Décidez en groupe si la proposition est acceptée ou rejetée.
- Protègent-elles la liberté des individus ou celle de certains groupes? Qui est atteint dans sa liberté par l'intervention de l'État?
- Déterminez ensuite quand l'État doit intervenir dans la vie de ses citoyen(ne)s et quand il ne doit pas le faire. Pourquoi? Trouvez d'autres exemples concrets.

1940-1944 : l'abolition de la démocratie

En 1939, le Luxembourg célèbre le centenaire de son indépendance. Le 10 mai 1940, l'État neutre du Luxembourg est envahi par les troupes allemandes. Le gouvernement luxembourgeois et la Grande-Duchesse Charlotte vont en exil. Jusqu'au 31 juillet 1940, le Luxembourg est dirigé par une administration militaire. Le Luxembourg est ensuite directement placé sous la coupe de l'administration allemande. Gustav Simon, Gauleiter nazi, est nommé chef de l'administration civile et placé sous l'autorité directe du dictateur, Adolf Hitler. L'administration s'établit au siège de l'ARBED, qui se situait avenue de la Liberté, rebaptisée à l'époque rue Adolf Hitler, à Luxembourg-Ville. Seulement trois mois et demi après l'invasion des troupes allemandes, la démocratie est abolie au Luxembourg. Les mesures prises prévoient l'annexion de facto du Luxembourg au Reich ainsi que la germanisation de la population. Toutes les structures d'État luxembourgeoises sont supprimées.

Des décrets allemands remplacent les lois luxembourgeoises. Le français est interdit, la liberté d'opinion abrogée, les syndicats et les partis dissous. Une propagande intense essaie de susciter l'adhésion de la population au régime nazi. En 1941, le Reichsarbeitsdienst (service du travail du Reich) devient obligatoire et, en 1942, le service militaire obligatoire est instauré pour les Luxembourgeois nés entre 1920 et 1927.

La libération de la capitale par les troupes américaines, le 10 septembre 1944, marque le début du lent renouveau des structures démocratiques. Le 23 septembre 1944, le gouvernement en exil revient au Luxembourg. En novembre 1944, le parlement se réunit, mais n'atteint pas le quorum, car plus de la moitié des députés sont absents en raison de la guerre. Les premières élections législatives nationales après la libération ont lieu en octobre 1945.

Place d'Armes : un lieu, deux réalités



Festivités du centenaire de l'Indépendance du Luxembourg, 1939



La Place d'Armes pendant la 2^e Guerre mondiale

Caractéristiques :

Caractéristiques :

L'ÈRE DE LA DÉMOCRATIE EST RÉVOLUE !

Luxembourg, le 23 août - Le chef de l'administration civile, le gauleiter Gustav SIMON, a prononcé ce jour l'APPEL suivant :

Femmes et hommes du Luxembourg ! Jeunesse luxembourgeoise !

L'ère de la démocratie a pris fin. Le parlementarisme est sur le point de disparaître.
Ainsi s'accomplit aussi le destin des partis et des groupes d'intérêts.

LE LUXEMBOURG N'EST PAS DIFFÉRENT DES AUTRES PAYS.
Ici aussi, la dernière heure des partis a sonné. Ils sont devenus superflus.
Ils représentent un obstacle au progrès du développement.

LEUR MAINTIEN MENACE LE BIEN DU LUXEMBOURG.

Au cours des dernières années, ils ont remis en question la neutralité à laquelle le Luxembourg était tenu vis-à-vis de l'Allemagne. Dans les réunions et les journaux, ils se sont acharnés de manière irresponsable contre l'Allemagne et le national-socialisme. Ils se sont mis sciemment en position de dépendance vis-à-vis de l'Angleterre et de la France – les ennemis de l'humanité. Ils ont donc souillé de manière systématique les relations entre l'Allemagne et le Luxembourg.

EN CONSÉQUENCE, LES PARTIS SONT RESPONSABLES DES SOUFFRANCES ET DE LA DÉTRESSE QUE RENCONTRENT DE NOMBREUSES FAMILLES DU LUXEMBOURG.

Dans l'intérêt de l'ensemble de la population luxembourgeoise, j'interdis donc ce jour tous les partis au Luxembourg. La Volksgemeinschaft de toutes les couches sociales va et doit s'imposer en lieu et place des querelles de partis. Les commissaires politiques que j'ai engagés veilleront, en étroite concertation avec la population, à ce que la haine de classe et les querelles de parti ne renaissent jamais au Luxembourg.

Luxembourgeois de toutes les classes.

Dans votre patrie aussi, la suppression du système des partis signe la fin d'une ère et tire un trait sur ce qui fait désormais partie du passé politique. Ce passé doit mourir et ne plus jamais reprendre vie.

Une nouvelle ère commence. Sur son drapeau est inscrite la devise :
Travailleurs de toutes les classes, unissez-vous !
Luxembourg, le 23 août 1940.

Le chef de l'administration civile : Gustav SIMON, Gauleiter.



La propagande au service de la dictature

La propagande est utilisée pour orienter l'opinion et le moral de la population dans une certaine direction politique.

La propagande :

- diffuse des vérités, des demi-vérités ou des mensonges
- ignore les informations dérangeantes
- simplifie la représentation de faits complexes
- manipule les émotions (la perception et l'évaluation des événements sont orientées)
- est dédiée à une idée précise
- entretient l'image négative de l'ennemi
- utilise un langage particulier
- s'adresse à un public cible précis
- ...

- Dans le texte, surlignez les principales étapes qui ont conduit à la suppression de la démocratie au Luxembourg. Que remarquez-vous ?
- Comparez les photos. Classez les photos dans l'ordre chronologique. Dans quel contexte historique ont-elles été publiées ? Attribuez les termes suivants à la photo correspondante : oppression, liberté d'opinion, démocratie, liberté, peur, dictature, endoctrinement, allégresse, pluralisme, censure.
- Qui est l'auteur du texte ? Quelle était sa fonction politique ? Quels sont les termes utilisés pour dénigrer les partis ?
- Lisez l'encadré sur la propagande. Pourquoi l'appel est-il considéré comme de la propagande ? Les questions suivantes peuvent vous aider à répondre : Quel ennemi est évoqué ? Quels mensonges, vérités, demi-vérités l'occupant utilise-t-il dans cet appel pour se mettre en valeur ? Quelles informations dérangeantes l'auteur ignore-t-il ? Par quoi les partis sont-ils remplacés ? Sur quelles émotions joue l'appel ?
- Pour les experts : rédigez un appel sur le thème « L'ère de la dictature est terminée ».

L'égalité homme-femme

Après l'égalité politique des femmes par rapport aux hommes en 1919, les femmes restent cependant des citoyennes de deuxième rang en matière juridique et économique et ceci pendant des décennies. De nos jours, les femmes peuvent s'épanouir théoriquement du point de vue politique et social. En 2019, hommes et femmes peuvent choisir librement leur parcours individuel selon leur conception.



1978 : Sous différentes conditions, les femmes ont le droit d'avorter dans les 12 premières semaines de grossesse. L'éducation à la sexualité dans les écoles est inscrite dans la loi.

1969 : Première femme ministre luxembourgeoise Madeleine Frieden-Kinnen

1919-1931 : Première femme députée au parlement Marguerite Thomas-Clement

2006 : Le principe de l'égalité femme-homme est inscrit explicitement dans la constitution.

1968 : Les filles et les garçons peuvent fréquenter les mêmes écoles. Qui dit formation scolaire identique, dit aussi programmes identiques pour les filles et les garçons (co-éducation)

1919 : Introduction du suffrage universel

1972 : Les femmes mariées sont mises au même niveau que leurs maris dans le mariage/divorce et obtiennent les mêmes droits et les mêmes devoirs. Jusqu'alors, la femme mariée était mineure aux yeux de la loi, c'est-à-dire qu'elle n'avait pas le droit d'ouvrir un compte en banque ou de signer un contrat sans l'autorisation de son mari.

1957 : Le Luxembourg ratifie la convention no 100 de l'Organisation internationale du travail, qui prévoit un salaire égal pour un travail égal.

1971 : Création du Mouvement de libération des femmes (MLF). On discute publiquement de questions telles que la sexualité des femmes, du droit à disposer de son corps, de la répartition équitable des tâches ménagères, de l'éducation des enfants, du droit des femmes à travailler, de l'égalité salariale et des violences faites aux femmes.

1965 : Deuxième femme députée au parlement Astrid Lulling

1930 : Décès de la première écrivaine professionnelle luxembourgeoise Marie Henriette Steil. Signes distinctifs : célibataire et coiffée « à la garçonne »

1939 : Le Conseil d'État juge que les enseignantes mariées peuvent continuer à exercer leur métier. Le célibat des institutrices n'avait aucun fondement légal, mais il était souvent pratiqué pour empêcher les doubles salaires.

2016 : Le principe de l'égalité salariale « à travail égal, salaire égal » est inscrit dans la loi

2018 : 25 % des députés et 29 % des membres du gouvernement sont des femmes.

- Lisez les petits textes en binôme. Colorez les cases selon les catégories :
 - Parlement et participation (en jaune)
 - Mariage et autodétermination (en bleu)
 - Éducation et métier (en rouge)
 - Promotion des femmes (en vert)
- Discutez les résultats en classe. Quelle date a particulièrement attiré votre attention ? Pourquoi ?
- Créez une frise chronologique : découpez les textes et collez-les par ordre chronologique sur une affiche. Illustrez la frise à l'aide de photos correspondantes.
- Existe-t-il encore aujourd'hui des domaines dans lesquels les femmes sont défavorisées en raison de leur sexe ? Discutez en classe en fournissant, si besoin, des exemples de votre quotidien.

BIOGRAPHIE

Une vie au service de l'éducation sexuelle



Marie-Paule Molitor-Peffer (1929-1999)

Marie-Paule Molitor-Peffer, gynécologue depuis 1958, s'engage au sein de la branche luxembourgeoise du « Mouvement pour le Planning Familial » international. Il promeut le contrôle des naissances comme fondement d'une vie de couple heureuse – et brise ainsi un tabou encore bien ancré au Luxembourg. À l'époque, l'ordre des médecins s'oppose vigoureusement à la création de centres de planning familial. Marie-Paule Molitor-Peffer est visée par une procédure disciplinaire. L'avocat Robert Krieps, qui défend sa cause, plaide même l'affaire devant la Cour européenne des droits de l'homme.

De 1981 à 1992, Marie-Paule Molitor-Peffer est présidente du « Planning Familial » du Luxembourg, fondé en 1965. Elle lutte pour une éducation sexuelle moderne, l'accès à la contraception et la décriminalisation de l'avortement. Elle s'intéresse également aux violences faites aux femmes et aux abus sexuels sur les enfants. Ses nombreuses prises de position et lettres aux rédactions abordent des problèmes qui sont tabous dans la société luxembourgeoise des années 1960 et 1970. Marie-Paule Molitor-Peffer meurt dans un accident en 1999.

À l'instigation de la ministre de la Famille Madeleine Frieden, le « Planning familial » est subventionné par l'État à partir de 1972. En plus du siège dans la capitale, d'autres centres sont créés à Esch-sur-Alzette et à Ettelbruck dans les années 1970. Dans la législation sur l'avortement, réformée en 1978, les centres de planning familial obtiennent une base légale.

Sonja Kmec, Renée Wagener (et al.), Frauenleben–Frauenlegenden. Ein Streifzug durch 1000 Jahre Stadtgeschichte: Persönlichkeiten, Geschichte(n) und Hintergründe, Luxemburg, 2007, p. 27-28.

- Quels sont les moyens démocratiques employés par Marie-Paule Molitor-Peffer pour imposer ses revendications ?
- Dans quelle mesure est-elle, encore aujourd'hui, un exemple ?

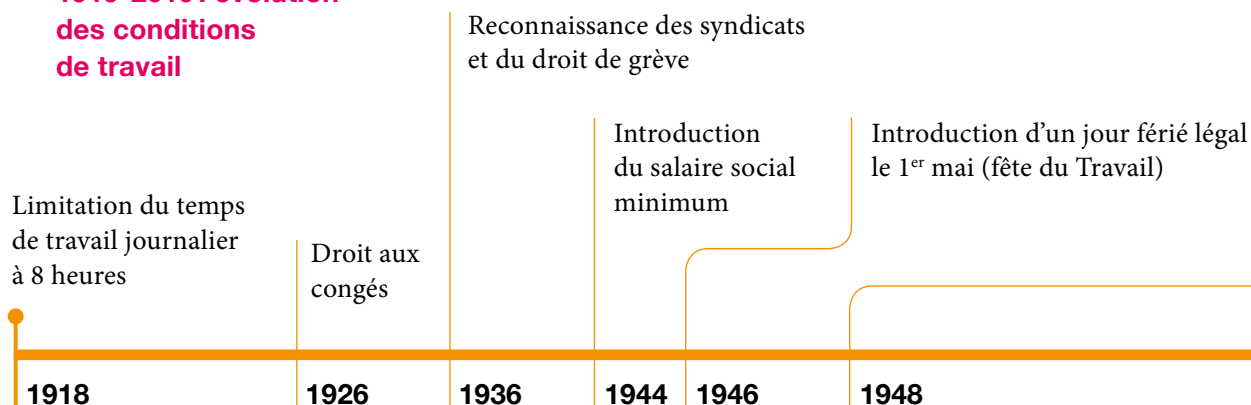
Travail et démocratie

Au cours des cent dernières années, les conditions de travail et de vie de la population n'ont cessé de s'améliorer. Les protestations des travailleurs et la création des syndicats ont donné plus de droits aux travailleurs/ses. Des privilèges comme le « temps libre », réservés jusqu'alors à une minorité, ont été démocratisés – c'est-à-dire rendus accessibles à tous – grâce à la limitation du temps de travail et au droit aux congés.



Info : les objectifs des syndicats sont : du travail pour tous, un salaire suffisant pour pouvoir vivre sans souci, une durée de travail réduite et la participation aux décisions dans les entreprises.

1919-2019 : évolution des conditions de travail



Déclaration universelle des droits de l'homme des Nations unies (10.12.1948)

Article 23

1. Toute personne a droit au travail, au libre choix de son travail, à des conditions équitables et satisfaisantes de travail et à la protection contre le chômage.
2. Tous ont droit, sans aucune discrimination, à un salaire égal pour un travail égal.
3. Quiconque travaille a droit à une rémunération équitable et satisfaisante lui assurant ainsi qu'à sa famille une existence conforme à la dignité humaine et complétée, s'il y a lieu, par tous autres moyens de protection sociale.
4. Toute personne a le droit de fonder avec d'autres des syndicats et de s'affilier à des syndicats pour la défense de ses intérêts.

Article 24

Toute personne a droit au repos et aux loisirs et à une limitation raisonnable de la durée du travail et à des congés payés périodiques.

Les articles 23 et 24 signifient pour moi :

J'ai le droit de...

Je dois...

Mon patron/ma patronne n'a pas le droit de...

Mon patron/ma patronne doit...

L'État doit...

L'État n'a pas le droit de...

- Indique dans la frise chronologique les acquis et les changements que tu trouves particulièrement importants. Justifie ton choix.
- Quelles revendications de la Déclaration universelle des droits de l'homme ont été introduites au Luxembourg depuis 1948 ?
- Complète les phrases à l'aide des articles 23 et 24 de la Déclaration universelle des droits de l'homme. Discutez les résultats en classe.
- Est-ce que les acquis relatifs aux conditions de travail sont mis en cause par la digitalisation du monde de travail. Pourquoi ? Pourquoi pas ?

Les expressions droit au travail, assurance sociale, droit au repos, protection de la santé et de la liberté d'exercice des droits syndicaux sont inscrites dans la constitution.

Réduction progressive du temps de travail, de 48 à 40 heures par semaine

Introduction du congé parental et du congé pour raisons familiales (2 jours par an et par enfant)

Introduction des allocations familiales et de naissance

1970

1999

2007



↑ Manifestation du 1^{er} mai en 1958 pour le plein emploi et la participation économique



← Manifestation en 1973. Les messages suivants sont à lire e.a. sur les affiches : « Notre système social est sous-développé » ; « Les mêmes opportunités pour les enfants des travailleurs immigrés ».

Les prochains défis du monde du travail

Aujourd'hui, l'ordinateur et les technologies numériques sont présents dans presque tous les domaines. Au cours des prochaines années, le monde du travail et l'économie vont subir de profondes modifications. La réglementation du temps de travail des salarié(e)s, née d'un long processus démocratique, est en jeu. La disponibilité permanente, la globalisation et le télétravail posent de nouveaux défis au monde du travail.

Participation

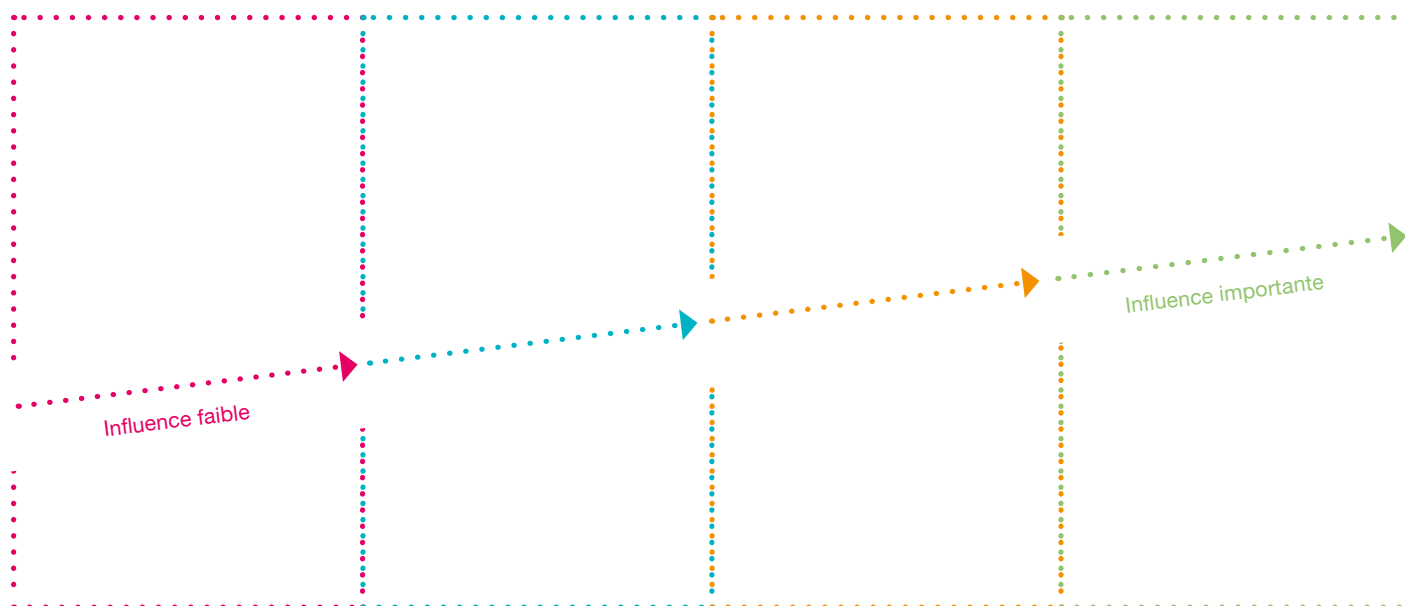
Les États démocratiques dépendent de la participation de leur(e)s citoyen(ne)s. À côté du droit de vote, l'implication dans le processus de décision politique est un aspect essentiel de la participation.

Grève pour le climat,
15 mars 2019



Formes de participation et influence

lettre de lecteurs fonction commentaires (réseaux sociaux) référendum élection
 adresser une pétition signer une pétition adhérer à un parti
 médiation ou modération (médiation par les pairs) initiative citoyenne atelier de l'avenir
 forums citoyens manifestations



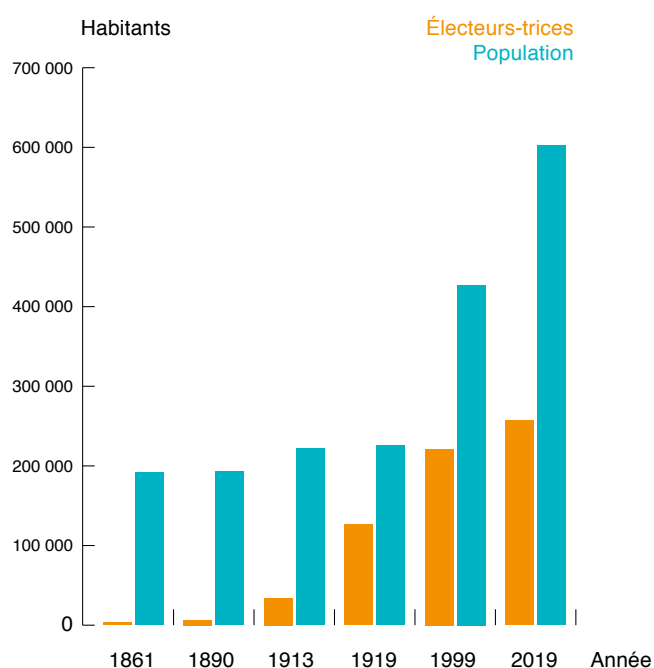
- Quelles sont les possibilités de participation politique pour les jeunes du Luxembourg ?
- Classez les formes de participation des citoyen(ne)s en fonction de leur influence estimée.

Qui doit/peut voter ?

	Élections législatives Tous les 5 ans	Élections communales Tous les 6 ans	Élections européennes Tous les 5 ans	Élections sociales En principe tous les 5 ans
	Les 60 députés votent leurs propositions de loi ou celles du gouvernement.	Le conseil municipal élu organise la vie de la commune (par ex. approvisionnement en eau et en énergie), gère les finances des communes, etc.	Les députés européens ont un droit de co-décision sur la législation et le budget de l'UE. Ils contrôlent les organes de l'UE.	Tous les salariés (y compris les retraités et les frontaliers) peuvent élire les 60 représentants de la chambre des salariés. Ils représentent les intérêts des salariés et des retraités en prenant position, par ex., sur les projets de loi.
Nombre d'électeurs aux dernières élections	256 698 (2018)	286 683 (2017)	285 435 (2019)	526 476 (2019)
Luxembourgeois(es)	* * *	* * *	* * *	* *
Ressortissant(e)s de l'UE		* * *	* * *	* *
Ressortissant(e)s de pays tiers		* * *		* *

droit de vote actif * ; droit de vote passif * ; obligatoire * ; sur inscription sur les listes électorales (différentes conditions s'appliquent) *

La part des citoyen(ne)s au Luxembourg ayant le droit de vote (1861-2019)



Que signifie l'expression « déficit démocratique » ?

L'expression déficit démocratique est utilisée, à l'origine, pour décrire le manque de légitimité du système politique de l'UE en raison des trop faibles possibilités de participation des parlements et des citoyens. Le traité de Lisbonne (2009) prévoit des corrections, par ex. l'initiative citoyenne, le renforcement du parlement européen, de nouveaux droits de contrôle des parlements nationaux sur les projets européens. Au Luxembourg, l'expression est aussi utilisée en rapport avec la proportion importante d'étrangers. 48 % de la population n'est pas de nationalité luxembourgeoise et est donc exclue des élections nationales. Toutefois, ils bénéficient d'autres possibilités de participation.

- À quelles élections peuvent participer le plus de personnes ? À quelles élections peuvent participer le moins de personnes ? Lesquelles paraissent les plus démocratiques ? Quelles élections ont le plus d'influence sur la politique ? Lesquelles sont les plus importantes pour vous ? Justifiez vos réponses.
- Pourquoi le nombre d'électeurs était-il si faible jusqu'en 1919 ? Quelle a été l'importance de l'introduction du suffrage universel, en 1919, pour la démocratie au Luxembourg ? Qui est resté exclu de ces élections ?
- Calculez le pourcentage d'électeurs pour les élections législatives de 1913, 1919, 1999 et 2019. (Formule : $100 \times \frac{\text{nombre d'électeurs}}{\text{nombre d'habitants}}$). Aujourd'hui, qui peut voter aux élections législatives ? Que remarquez-vous ?
- D'où vient l'expression « déficit démocratique » ? Dans quel contexte était-elle utilisée ? Y-a-t-il un « déficit démocratique » au Luxembourg selon vous ? Justifiez votre réponse.

La liberté d'opinion illimitée ?

La liberté d'opinion, inscrite depuis 1848 dans la Constitution luxembourgeoise, garantit le droit à la liberté d'expression. Pourtant, celle-ci n'est pas illimitée.

M1

Le droit à la liberté d'expression et ses limites

Art. 24 de la Constitution

La liberté de manifester ses opinions par la parole en toutes matières, et la liberté de la presse sont garanties, sauf la répression des délits commis à l'occasion de l'exercice de ces libertés
- La censure ne pourra jamais être établie (*Révision du 2 juin 1999*)

Art. 19 de la Déclaration universelle des droits de l'homme

Tout individu a droit à la liberté d'opinion et d'expression, ce qui implique le droit de ne pas être inquiété pour ses opinions et celui de chercher, de recevoir et de répandre, sans considérations de frontières, les informations et les idées par quelque moyen d'expression que ce soit.

Code pénal : Chapitre VI - Du racisme, du révisionnisme et d'autres discriminations

Art. 457-1 (article adapté)
Est puni d'un emprisonnement de huit jours à deux ans et d'une amende de 251 € à 25.000 € ou de l'une de ces peines seulement :
quiconque,

- soit par des discours, cris ou menaces proférés dans des lieux ou réunions publics,
- soit par des écrits, imprimés, dessins, gravures, peintures, emblèmes, images ou tout autre support de l'écrit, de la parole ou de l'image vendus ou distribués, mis en vente ou exposés dans des lieux ou réunions publics,
- soit par des placards ou des affiches exposés au regard du public,
- soit par tout moyen de communication audiovisuelle, incite (...) à la haine ou à la violence à l'égard d'une personne, physique ou morale (...)

Art. 457-2 : quiconque appartient à une organisation dont les objectifs ou les activités consistent à commettre l'un des actes prévus au paragraphe 1) du présent article; (...)

Art. 457-3 (...) qui (...) a contesté, minimisé, justifié ou nié l'existence d'un ou de plusieurs génocides (...), des crimes contre l'humanité et crimes de guerres (...)

Code pénal : Chapitre VI - Du racisme, du révisionnisme et d'autres discriminations

Art. 454 (article adapté)
Constitue une discrimination toute distinction opérée entre les personnes physiques ou morales à raison :

- de leur origine,
- de leur couleur de peau,
- de leur sexe,
- de leur orientation sexuelle,
- de leur situation de famille,
- de leur état de santé,
- de leur handicap,
- de leurs mœurs,
- de leurs opinions politiques ou philosophiques,
- de leurs activités syndicales,
- de leur appartenance ou de leur non appartenance, vraie ou supposée, à une ethnie, une nation, une race ou une religion déterminée.

S'agit-il encore de liberté d'opinion ?

Le 22 juin 2012, un groupe luxembourgeois de médias publiait un article intitulé : « Gemeng Kielen : Haus fir Flüchtlinge kaaft ». Les commentaires xénophobes ci-dessous sont ensuite apparus sur la page Facebook du groupe médias :

Les commentaires sur internet

Trad. du luxembourgeois

Les suites juridiques

Person B - 22.06.2012

Cette maison devrait partir en fumée, comme toutes les autres maisons qui ont été acquises très chères pour y loger de la racaille, pffffff brûler.

Mellen Antworten

Person C - 22.06.2012

Je crains qu'il ne va plus durer 20 ans avant que quelqu'un avec une moustache reprendra le pouvoir de la parole pour hypnotiser la foule et faire le grand nettoyage..., à la différence qu'il ne s'agira là pas de juifs...! (Peut-être que je ne le crains pas.)

Mellen Antworten

Person A - 22.06.2012

Une lecture pareille me fait vomir!! Nous ne recevons rien tandis qu'on met tout dans le c... des autres!!! Il faudrait mieux les enc... d'une fusée pour les envoyer dans leur terre d'origine!!! Comment ne pas devenir raciste dans de telles circonstances? Cette injustice à l'égard des Luxembourgeois est dégueulasse.

Mellen Antworten

Person D - 22.06.2012

Toujours plus de femmes violées, ça existait autrefois? Contrôleurs de bus et de train roués de coups. Vieillards attaqués pour 5 euros. Cambriolages fréquents. Des enfants qui se font voler leurs mobiles et leur argent etc. ... Des vidéos et des plaintes qui confirment le fait que CE SONT DES RÉFUGIÉS!!!! Ainsi, on nous vole. Plus on en accueille, plus on est volé!

Mellen Antworten

Le tribunal a rendu le jugement suivant :

A, B et D sont condamnés à 6 mois de prison avec sursis. Au cours des cinq prochaines années, ils ne doivent pas être passibles de sanction.

C est condamné à 6 mois de prison ferme.

Six jours plus tard, le parquet signale ces propos xénophobes à la police, qui doit donc établir l'identité de leurs auteurs. Les prévenus sont convoqués et admettent avoir écrit ces commentaires. Ils déclarent ne pas savoir que leurs propos tombaient sous le coup de la loi pénale. Ils auraient uniquement publié leur propre opinion en réaction à l'article.

Source : <https://justice.public.lu/fr/actualites/2013/02/jugement-incitation-haine.html>

- Analysez M1. Quels textes expriment des principes généraux ? Lesquels s'intéressent à la mise en pratique de ces principes ?
- Dressez un tableau sur l'art. 454 du Code pénal luxembourgeois. Vous y indiquerez un exemple du quotidien pour chaque motif de discrimination.
- Évaluez les déclarations de M2. Relèvent-elles encore de la liberté d'opinion ? Comparez avec M1. En quoi les commentaires enfreignent-ils la loi ?
- Commentez le jugement. Les peines sont-elles adéquates ? Justifiez votre point de vue !

Et que dites-vous à propos de la démocratie ?

Au début de l'année 2019, les représentant(e)s des différentes institutions ont été sollicité(e)s pour définir le terme de la « démocratie » et expliquer leur tâche au sein de la démocratie luxembourgeoise.

Fernand Etgen
président de la Chambre des députés,
Premier citoyen du pays



Comment définissez-vous le terme de la démocratie ?

La démocratie est le régime politique dans le lequel le pouvoir émane du peuple. Le cœur de la démocratie bat à la Chambre des Députés, la maison de la démocratie. La démocratie est précieuse comme un diamant. Elle est le résultat d'un processus plus ou moins long. Ce diamant n'est ni notre propriété à jamais, ni taillé définitivement. D'un côté, il faut le protéger chaque jour et ne pas le prendre comme un acquis. D'un autre côté, la démocratie doit évoluer avec le temps et face aux défis auxquels elle est confrontée : inégalités, crises, influence de l'Internet et des réseaux sociaux.

Comment expliqueriez-vous votre fonction et votre tâche au sein de la démocratie luxembourgeoise ?

La Chambre des Députés est l'endroit où la démocratie vit. Ma mission principale en tant que Président de cette institution est de veiller à ce que la démocratie puisse vivre et s'épanouir pleinement. Je dois veiller à ce que les différentes opinions et courants politiques puissent s'articuler librement conformément aux règles que la Chambre des Députés s'est données.

Cette confrontation d'idées doit pouvoir se faire d'une manière correcte et dans le respect d'autrui. De cette façon, le pluralisme de notre société peut se refléter à la Chambre des Députés, ce qui constitue un fondement de notre démocratie.



Jean-Claude Wiwinius
président de la Cour supérieure de
justice et de la Cour constitutionnelle

Comment expliqueriez-vous votre fonction et votre tâche au sein de la démocratie luxembourgeoise ?

En tant que président de la Cour constitutionnelle, je suis le gardien de la Constitution. Ma fonction consiste à garantir dans le respect de l'intérêt général, l'exercice des libertés publiques parmi lesquelles figurent notamment la liberté d'expression, la liberté de réunion ou la liberté d'aller et de venir. Par ailleurs, afin d'assurer le respect du principe de l'égalité, il me revient de veiller à ce qu'en présence d'une situation comparable, deux personnes ne soient pas discriminées. Enfin, ma fonction implique la vérification de la conformité des lois à la Constitution permettant de maintenir un juste équilibre entre les différents pouvoirs.

Comment définissez-vous le terme de la démocratie ?

La démocratie signifie le pouvoir (cratos) par le peuple (demos). Ce système politique diffère d'autres systèmes tel que la dictature ou l'aristocratie, où le pouvoir n'est détenu que par une seule personne. Au Luxembourg, le peuple vote pour ses représentants, c'est la démocratie représentative. La démocratie implique le respect de la séparation des pouvoirs divisés entre le pouvoir législatif chargé de voter les lois, le pouvoir exécutif chargé de donner la direction au pays et le pouvoir judiciaire chargé de contrôler la bonne application des lois. Enfin, la démocratie est garante de la justice, des libertés et de l'égalité.

Comment définissez-vous le terme de la démocratie ?

Dans un État démocratique, le peuple exerce le pouvoir législatif, que ce soit de manière directe, à titre d'exemple à travers un referendum, ou de manière indirecte par ses représentants qu'il désigne par voie électorale. Le Luxembourg est placé sous le régime d'une démocratie représentative, car la Chambre des députés est le seul détenteur du pouvoir législatif. Un régime démocratique implique nécessairement que d'autres principes fondamentaux soient respectés, tels le principe de la séparation des pouvoirs législatif, exécutif et judiciaire, le principe du suffrage universel, direct et libre, le principe de l'État de droit et la protection des droits de l'homme et des libertés.



Agnès Durdu
présidente du Conseil d'État

Comment expliqueriez-vous votre fonction et votre tâche au sein de la démocratie luxembourgeoise ?

La mission du Conseil d'État est de vérifier, avant qu'elles soient adoptées, la compatibilité des normes juridiques luxembourgeoises avec les normes du droit supérieur. La Constitution et divers traités internationaux, telles la Convention européenne des droits de l'homme et les traités de l'Union européenne, évoquent le régime démocratique. Dans ses avis, par lesquels il conseille tant la Chambre des députés que le Gouvernement, le Conseil d'État relève donc toute atteinte qu'une nouvelle loi, un nouveau règlement ou une révision de la Constitution pourraient porter aux règles démocratiques.



Xavier Bettel
ministre d'État

Comment définissez-vous le terme de la démocratie ?

La démocratie est un régime politique dans lequel les citoyens détiennent le pouvoir. Au Luxembourg, les citoyens exercent leur souveraineté indirectement par l'intermédiaire de représentants élus à la Chambre des députés. J'estime cependant qu'il faut aller plus loin dans la définition. C'est bien plus qu'une forme de gouvernance, il s'agit d'une forme de société et même d'un système de valeurs, dans lequel le citoyen a la possibilité d'exprimer librement son opinion et ses idées, contrairement à une dictature, et où enfin les institutions judiciaires effectuent leur travail en toute indépendance.

Comment expliqueriez-vous votre fonction et votre tâche au sein de la démocratie luxembourgeoise ?

Dans le système politique luxembourgeois, le gouvernement exerce le pouvoir exécutif conjointement avec le Grand-Duc. Le gouvernement veille ainsi à l'exécution des lois élaborées et votées par le Parlement. Ce dernier est élu directement par les citoyens et les représente dans l'exercice du pouvoir législatif. Le Premier ministre préside le

gouvernement qui est composé d'une coalition de partis formant une majorité au sein du Parlement et le représente au niveau national, européen et international. De cette façon, je suis responsable de la coordination entre les ministères et de l'organisation du gouvernement et de l'Etat en général ainsi que des prérogatives constitutionnelles du gouvernement.

Séparation des pouvoirs



pouvoir
judiciaire



pouvoir
législatif



pouvoir
exécutif

- Lisez les réponses à la question « Comment définissez-vous le terme démocratie ? » : Dressez une liste de mots-clés décrivant la démocratie.
- Quels termes sont le plus souvent utilisés ? Les définitions sont-elles homogènes ? Quels aspects de la démocratie sont abordés ?
- Lisez ce que disent les dirigeants de leur rôle dans la démocratie luxembourgeoise. Puis associez les noms des institutions et des dirigeants, leurs fonctions et leurs missions principales aux symboles du tableau.



duerchbléck!

Impressum

Herausgeber:

Zentrum fir politesch Bildung,
Fondation d'utilité publique, RCSL G236
28, route de Diekirch
L-7220 Walferdange
info@zpb.lu
www.zpb.lu

Redaktion:

Véronique Krettels, Michelle Schram
2. Auflage, 2019

Bildnachweise:

Seite 20: G. Fournelle, 1939 © Photothèque
de la Ville de Luxembourg,
inconnu, 1940-44 © Photothèque de la Ville
de Luxembourg,

Seite 23: © Archiv/Revue, 2019

Seite 25: T. Krier, 1958 © Photothèque de la
Ville de Luxembourg, T. Mey, 1973
© Photothèque de la Ville de Luxembourg

Seite 26: © Julien Garroy/Editpress

Seite 30: © Chambre des députés, 2019;

© Cour constitutionnelle, 2019

Seite 31: © Ministère d'État, 2019;

© Conseil d'État, 2017

Layout und Design:

Bakform

Druck:

Reka Print +, Ehlerange

Stand der Statistiken und Links: 18. März 2019.

Das ZpB übernimmt keine Haftung für die
Inhalte von Webseiten, auf die verwiesen wird.